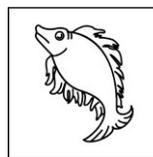


## EINWOHNERRAT



Gemeinde  
**HORW**

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **21. September 2023, 16.00–19.45 Uhr**  
Sitzungsort **Aula Schulhaus Zentrum**  
Vorsitz **Larissa Lehner-Graf**

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

## PROTOKOLL NR. 418

Anwesend **28 Einwohnerratsmitglieder**  
**5 Gemeinderatsmitglieder**  
**1 Gemeindeschreiber**

Entschuldigt – **Frank Matter, L20**  
– **Ruth Strässle-Erismann, FDP**

### Traktandenliste

1.	Bericht und Antrag Nr. 1734 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte 2023.....	4
2.	Bericht Präsidium Bürgerrechtsdelegation .....	17
3.	Bericht Präsidium Geschäftsprüfungskommission .....	17
4.	Bericht und Antrag Nr. 1733 Planungsbericht «Weiternutzung Bestandesbau Schulhaus Allmend» ..	18
5.	Fragestunde.....	24
6.	Dringliche Interpellation Nr. 2023-768 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Bausituation Badeplatz Seewen.....	30
7.	Interpellation Nr. 2023-766 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Standortfrage ZSO Pilatus.....	30
8.	Interpellation Nr. 2023-767 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Verkehrssicherheit Schulweg Stirnrüti.....	30
9.	Interpellation Nr. 2023-769 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Parteibeitrag Kantonsratswahlen .....	31
10.	Interpellation Nr. 2023-770 von André Fallet, GLP: Cybersicherheit in der Gemeinde Horw - Gefah- ren von Sicherheitslücken.....	31

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zum vierten und letzten Amtsjahr der Legislatur 2020/2024, das gleichzeitig auch ein Wahljahr und damit sicherlich intensiv und spannend sein wird. Bevor wir jetzt aber offiziell anfangen, möchte ich gerne Oskar Mathis und Jörg Conrad gedenken.

Oskar Mathis ist am 2. September 2023 überraschend 68-jährig auf einem seiner geliebten Ausflüge in die Natur verstorben. Er war von 1993 bis 2000 Mitglied der L20-Fraktion des Einwohnerrates. 2003 haben ihn die Horwerinnen und Horwer zum Gemeinderat gewählt. In dieser Funktion hat er 16 Jahre, bis 2019, als Sozialvorsteher gewirkt.

Jörg Conrad ist am 17. September 2023 im Alter von 78 Jahren ebenfalls überraschend verstorben. Er war von 2011 bis zum Ende der letzten Legislatur im Sommer 2020 engagierter Einwohnerrat für die SVP-Fraktion.

Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute

Glücklicherweise gibt es auch Erfreuliches aus unserem Rat zu berichten, und zwar ist Sofia Galbraith am Montag als Kantonsrätin für die SP vereidigt worden. Herzlichen Glückwunsch und ganz viel Freude und Kraft für Ihr neues Amt. Wir sind sehr froh, dass Sie uns trotzdem im Einwohnerrat erhalten bleiben.

Zudem haben wir heute ein Geburtstagskind in unserem Rat. Man sieht es ihm zwar nicht an, aber Urs Steiger wird heute 63 Jahre alt. Herzliche Gratulation.

Dann haben wir ein neues Sicherheitskonzept. Das haben wir schon besprochen, aber ganz kurz zur Erinnerung die wichtigsten Punkte:

Wir haben jetzt neu alle einen Badge und wichtig ist, dass wir den gut sichtbar tragen und am Ende der Sitzung wieder abgeben. Es kann sein, dass wir den Badge irgendwann behalten können, aber der aktuelle Stand der Dinge ist, dass wir ihn am Schluss der Sitzung wieder zurückgeben. Wenn die Besucherinnen oder Besucher auf das WC müssen, dann können Sie die Anlage im Raum 9 nutzen, also vor der Aula, und wenn wir Ratsmitglieder auf das WC müssen, dann sollten wir die Anlagen 7 aufsuchen und bei der Rückkehr die Tür 2 mit dem Badge wieder öffnen.

Geschätzte Damen und Herren, bevor wir jetzt in die Sitzung einsteigen, möchte ich der Tradition entsprechend, gerne ein paar persönliche Worte zur Eröffnung des neuen Amtsjahres an Sie richten.

Hoffentlich durften Sie alle eine schöne Sommerpause erleben und konnten Energie tanken und auch wieder Motivation finden für dieses Amtsjahr und natürlich auch für berufliche und private Projekte. In den Sommerferien bin ich zusammen mit meiner Familie mit Zug und Schiff nach Sardinien gereist. Wir hatten das Glück, eine Ferienwohnung im Norden gebucht zu haben, wo die Temperaturen dank viel Wind sehr angenehm waren. In anderen Teilen des Landes oder auch auf Sizilien ist das Thermometer zum Teil bis auf 48 °C gestiegen. In Spanien sind die Temperaturen zum Teil sogar in der Nacht nicht unter 30 °C gefallen. Das beunruhigt und zeigt, dass die Auswirkungen der Klimaerhitzung nicht mehr in weiter Ferne liegen, sondern uns jetzt ziemlich heftig treffen. Sie sind nicht nur ökologischer Natur, sondern haben auch soziale und wirtschaftliche Konsequenzen. Die Hitze ist schädlich für unsere Gesundheit, gefährdet die Biodiversität, greift unsere Infrastruktur an und lässt Gletscher schmelzen. Wir sollten jetzt handeln. Jede Massnahme, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduziert, kann entscheidend sein. Wir haben nur eine Erde und es ist unsere Verantwortung als Privatpersonen und Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Herausforderungen anzunehmen, aktiv Massnahmen zu ergreifen und uns auch an die Veränderungen anzupassen.

Als Privatpersonen können wir mit wenig viel tun. Wir können weniger Fleisch essen, wir können weniger fliegen, wir können weniger wegwerfen und damit unseren ökologischen Fussabdruck reduzieren.

Als Gemeinde haben wir die Möglichkeit, unsere Infrastruktur nachhaltig zu gestalten, erneuerbare Energien zu fördern und den ÖV und die Velowege auszubauen. Wir können unsere Grünflächen erhalten oder besser, noch erweitern, um das Mikroklima in unserer Gemeinde zu verbessern und der Hitze entgegenzuwirken.

Ich bin überzeugt, dass wir als Vertreterinnen und Vertreter der Horwer Bevölkerung es schaffen können, gemeinsam eine Politik zu gestalten, die uns selbst, unseren jetzigen, aber auch unseren künftigen Einwohnerinnen und Einwohnern ein lebenswertes Zuhause ermöglicht.

Ich freue mich sehr auf konstruktive Sitzungen mit fairen, faktenbasierten und sachlichen Diskussionen und bedanke mich im Voraus für ihr grosses und so wichtiges Engagement. In diesem Sinn eröffne ich das neue Amtsjahr 2023/2024.

### **Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

### **Mitteilungen**

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung findet ab ca. 20.00 Uhr der Austausch mit dem Kirchfeld statt.

### **Repräsentationen**

16. September 2023: Hauptübung der Feuerwehr Horw

### **Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung sind folgende Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1728 Sonderkredit Erneuerung Allmendstrasse Süd, Abschnitt Kreisel Bahnhof bis zum Allmendplatz
- Bericht und Antrag Nr. 1732 Gemeindevertrag über die Benützung der Regionalen Schiessanlage Stalden Kriens (RSK), Beitritt der Gemeinde Malters

### **Einbürgerungen**

Seit der letzten Einwohnerratssitzung hat die Bürgerrechtsdelegation acht Personen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

### **Protokoll**

Gegen das Protokoll Nr. 417 der Sitzung vom 29. Juni 2023 ist keine schriftliche Einsprache eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

### **Neueingänge**

18. September 2023: Postulat Nr. 2023-771 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Teilentsiegelung Platz zwischen Horwerhalle und Schulhaus Zentrum
19. September 2023: Motion Nr. 2023-324 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Kooperationsstrategie und Synergien nutzen - Campus Horw
19. September 2023: Postulat Nr. 2023-772 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Querungshilfen zeitlich anpassen

## 1. Bericht und Antrag Nr. 1734 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte 2023

### Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Die GPK hat den Bericht und Antrag über die unerledigten Geschäfte und nicht der abgerechneten Bau- und Sonderkredite besprochen und einstimmige Kenntnisnahme beschlossen. Wir haben zu dem Geschäft folgende Anträge:

- Die Dringliche Motion Nr. 2021-315 «Übergeordnetes Konzept für Veloschnellrouten (VSR) Horw» ist nicht abzuschreiben. Der Einwohnerrat hat zu dieser Motion Zusatzaufträge überwiesen, zu denen die Rückmeldungen fehlen.
- Das Postulat Nr. 2019-699 «Zukunft Mergelgrube Grisigen» ist zur Abschreibung bereit.
- Die beiden Vorstösse bezüglich Kreisel Mattenhof sind noch nicht erledigt und darum nicht abzuschreiben.

Die weiteren Anträge des Gemeinderates sind nachvollziehbar begründet. Die GPK hat ausserdem gewisse Detailfragen diskutiert und beim Gemeinderat abgeklärt.

Wir beantragen Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1734.

### Eintreten BVK

Reto Eberhard (SVP)

Die BVK hat den B+A diskutiert und es gab diverse Diskussionen betreffend die unerledigten Geschäfte. Die einen waren für Abschreibung und dafür, Anträge zu stellen, und die anderen waren für Nichtabschreibung. Ich werde bei der Detailberatung die Anträge direkt stellen.

Die BVK ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1734.

### Eintreten GSK

Hans Stampfli (SVP)

Wir haben den B+A Nr. 1734 an unserer Sitzung vom 13. September im Detail besprochen.

Die meisten Anträge auf Abschreibung sind unbestritten, wir opponieren aber gegen die Abschreibung der dringlichen Motion Nr. 2021-315 und des Postulats Nr. 2022-742 und werden entsprechende Anträge stellen.

- Motion Nr. 274/2012 «Zonen für preisgünstigen Wohnraum»: Da wir erfahren haben, dass am 26. Oktober 2023 die 2. Lesung des B+As Nr. 1718 «Teilrevision Nutzungsplanung 2021» stattfindet und der preisgünstige Wohnraum da berücksichtigt ist, opponieren wir nicht gegen die Abschreibung.
- Dringliche Motion Nr. 2021-315 «Übergeordnetes Konzept für Veloschnellrouten»: Eine Mehrheit der GSK ist dafür, dass diese Motion nicht abgeschrieben wird, da offene Fragen noch nicht beantwortet sind.
- Postulat Nr. 2021-731 «Erneuerung Parkplatzanlage Felmis und Längacher»: Uns wurde versprochen, dass das Grobkonzept dem Einwohnerrat vorgestellt wird. Aus diesem Grund verzichten wir auf Opposition gegen die Abschreibung.
- Postulat Nr. 2021-734 «Familienbetreuung Allgemein»: Nach den Ausführungen der Gemeinderätin und längerer Diskussion fand die Opposition gegen eine Abschreibung keine Mehrheit. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass das Sozialdepartement alles Mögliche getan hat, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir würden uns aber wünschen, dass diese überdurchschnittlichen Rahmenbedingungen besser bekannt gemacht werden.
- Postulat Nr. 2022-742 «Soziale Belebung des Horwer Dorfzentrums»: Wegen unbefriedigender Begründung ist eine Mehrheit der GSK dafür, gegen die Abschreibung zu opponieren und einen entsprechenden Antrag zu stellen.

- Postulat Nr. 2022-743 «Mobile Begrünung öffentlicher Plätze»: Da hat die Diskussion ergeben, dass dieses Anliegen bereits im Postulat Nr. 2022-742 enthalten ist und daher abgeschrieben werden kann.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten, Kenntnisnahme und Abschreibung der nach der Beratung verbleibenden Anträge.

### **Eintreten L20**

Jonas Heeb (L20)

Wir bedanken uns für die diesjährige Zusammenstellung der unerledigten Geschäfte und nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite. Wir stellten in den vergangenen Jahren fest, dass die L20-Fraktion in der Regel weniger abschreibungsfreudig ist als der Gemeinderat und diese Einschätzung bestätigt sich auch für dieses Jahr. Wir danken aber dem Gemeinderat, dass die Begründungen für die Abschreibungen resp. nächsten Schritte aus unserer Sicht mindestens etwas informativer ausfallen als auch schon. Unsere Fraktion wird sich aber generell weiterhin an den Grundsatz halten, dass laufende oder nicht vollständig abgeschlossene Vorstösse nicht vorgängig abgeschrieben werden sollen. Besonders im letzten Jahr einer Legislatur ist dies auch ein angemessenes Mittel, um laufende Geschäfte in die nächste Parlamentsperiode zu kommunizieren.

Wir sind froh, dass sich die Haltung der Kommissionen GPK, BVK und GSK mit unserer deckt. Wir werden in der Detailberatung sämtlichen Anträgen aus den Kommissionen für Nichtabschreibung einzelner Vorstösse zustimmen und noch einen eigenen Antrag auf Nichtabschreibung stellen.

Die L20 ist für Eintreten und je nach Ausgang der Abschreibungen für Zustimmung zum B+A Nr. 1734.

### **Eintreten Die Mitte/GLP**

Ivan Studer (Die Mitte)

Erfreut stellen wir fest, dass mehrere Vorstösse unserer Fraktion erfolgreich umgesetzt wurden. Exemplarisch erwähnt sei das Postulat über die Verkehrssituation bei der Einmündung Wegmattstrasse. In Zusammenarbeit mit der Stadt Kriens hat die Gemeindeverwaltung Horw eine Lösung gefunden. In einer sehr pragmatischen Art konnte so die Verkehrssituation und Sicherheit massiv verbessert werden. Besten Dank!

Wie jedes Jahr gibt es immer wieder Diskussionen, wann ein Antrag abgeschrieben werden kann. Die Mitte/GLP-Fraktion orientiert sich an der Geschäftsordnung des Einwohnerrates: Eine Motion ist dann erledigt, wenn der B+A im Rat beraten wurde, ein Postulat wenn die Prüfung durch den Gemeinderat erfolgt ist. Das heisst also nicht, wenn alles umgesetzt worden ist. Wenn die L20-Fraktion das anders sieht, müsste sie vielleicht einmal eine Änderung der Geschäftsordnung beantragen.

Wir werden unsere Kommentare und Bemerkungen zu den einzelnen Vorstössen in der Detailberatung einbringen. Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und positive Kenntnisnahme des B+As Nr. 1734.

### **Eintreten FDP**

Jürg Biese (FDP)

Der vorliegende Bericht ist jeweils am Anfang von jedem Amtsjahr zu beraten und gibt einen Überblick über den Stand der verschiedenen politischen Vorstösse. Aufgrund der Inputs des Einwohnerrats in den vergangenen Jahren haben wir den Eindruck, dass der Stand der einzelnen Vorstösse ein wenig detaillierter beschrieben und allfällige Anträge auf Abschreibung besser begründet werden. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Auch dieses Jahr haben wir wieder darüber diskutiert, wann ein Vorstoss abgeschlossen werden kann und wann nicht, z. B. weil ein Planungsbericht erst in Aussicht gestellt wird oder weil noch Antworten oder die Umsetzung von einem Vorstoss pendent sind.

Wir werden den Anträgen der Kommissionen, mit Ausnahme von dem der GSK zum Postulat zur Sozialen Belebung des Horwer Dorfzentrums, folgen. Für die soziale Belebung des Horwer Dorfzentrums ist aus unserer Sicht genügend Infrastruktur vorhanden. Erzwingen kann man nichts, auch keine Buvette, wenn die Nachfrage nicht vorhanden ist. Wir müssen auch nicht auf die Aufstellung einer pop-up-Piazza warten, darum kann das Postulat aus unserer Sicht als erledigt abgeschlossen werden, wie das auch der Gemeinderat vorschlägt.

Die FDP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des vorliegenden B+As Nr. 1734.

### **Eintreten SVP**

Reto von Glutz (SVP)

Der Gemeinderat und die Verwaltung orientieren den Einwohnerrat jährlich über den Stand von eingereichten Motionen, Postulaten und Interpellationen sowie über die Bau- und Sonderkredite. Der B+A gibt unserem Rat auch 2023 eine gute Übersicht und ermöglicht damit ein Controlling über die von der Verwaltung schon oder eben noch nicht getätigten Abklärungen. Die Diskussion wird wohl auch dieses Jahr wieder der Zeitpunkt der Abschreibung sein, wir werden es dann sehen.

Die SVP-Fraktion folgt den meisten Anträgen des Gemeinderats, wird sich aber auch verschiedenen Anpassungen aus den Kommissionen, wie dort besprochen, anschliessen. Aus unserer Sicht thematisiere ich zwei Schwerpunkte:

- Zum einen regt ein aktueller Vorstoss in der Stadt Kriens und auch die nach wie vor ungelöste Situation um den Ökihof in der Region Horw Kriens dazu an, dass die seit Jahren hängige eine Motion von Urs Rölli endlich vorangetrieben wird und dass sich der Gemeinderat dort für eine nachhaltige Lösung einsetzt. Wir werden dort weiterhin unterstützen, dass die Motion aktiv behandelt wird.
- Zum anderen gilt es, das Thema «Kreisel Mattenhof» weiter à jour zu halten. In diesem Punkt wird sich die SVP-Fraktion gegen eine Abschreibung wehren, bleibt doch das Thema sehr aktuell und soll vom Gemeinderat weiter gegenüber dem Kanton nachdrücklich bearbeitet werden.

Insgesamt spricht sich die SVP-Fraktion für eine effiziente und zielorientierte Geschäftsführung aus. Sie dankt der Verwaltung für die aktualisierte Übersicht, nimmt Kenntnis vom vorgelegten Verzeichnis und ist ebenfalls für Eintreten auf den B+A.

Herzlichen Dank für Ihre Eintretensvoten. Die Kriterien des Gemeinderates, Ihnen die Abschreibung eines Vorstosses zu beantragen sind die, dass wir von Ihnen einen Auftrag bekommen haben und diesen nach unserer Auffassung, z. B. bei der Motion Nr. 2021-315, erfüllt haben. Somit gehen wir davon aus, dass man das Geschäft abschreiben kann. Bei den Postulaten bekommen wir von Ihnen einen Prüfungsauftrag und wir haben Ihnen im B+A dargelegt, wie wir die Prüfung vorgenommen haben und zu welchem Ergebnis wir gekommen sind. Somit gehen wir davon aus, dass unser Auftrag mit dieser Prüfung erfolgt ist. Darum machen wir Ihnen beliebt, die Geschäfte jeweils abzuschreiben.

Ruedi Burkard (FDP)

Ich persönlich bin auch der Auffassung, dass Sie sich, wenn Sie die einzelnen Postulate und Motionen nicht abschreiben, in Ihrer eigenen politischen Freiheit beschneiden und für weitere Vorstösse, mit denen man präziser Fragen stellen oder Aufträge erteilen kann, einengen. In den Diskussionen dieser Geschäfte werden ja auch mehrfach neue Erkenntnisse zutage treten und Sie verknüpfen das dann immer mit dem ur-

sprünglichen Vorstoss. Das finden wir nicht ideal. Man könnte das mit neuen, gezielten und präzisen Vorstössen besser abhandeln.

Wir werden es wie jedes Jahr handhaben, dass ich das Geschäft vertrete, aber die einzelnen Vorstösse von der zuständigen Gemeinderätin oder dem zuständigen Gemeinderat behandelt und bearbeitet werden. In diesem Sinn freue ich mich auf die Detailberatung.

## **Detailberatung**

### **2.1.4 Motion Nr. 2020-309 Planungsbericht zu einem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw**

Jürg Biese (FDP)

An der Einwohnerratssitzung vom 29. Juni 2023 haben wir im Rahmen der Investitionsplanung intensiv darüber diskutiert, ob der nach der Einwohnerratssitzung vom 19. Mai 2022 geforderte Zusatzbericht zum Planungsbericht «Klimafreundlicher Gebäudepark der Gemeinde Horw» vor dem AFP 2024 vorliegen muss, damit im AFP 2024 überhaupt Investitionen budgetiert werden dürfen. Weil das gemäss Gemeinderätin Astrid David Müller zeitlich nicht möglich ist, hat sie damals zu Protokoll gegeben, dass im Rahmen einer kurzen Zusammenfassung im AFP 2024 dargelegt wird, was aus Sicht von externen Fachexperten als sinnvoll erachtet wird. Diese versprochene Zusammenfassung wird aber im vorliegenden Verzeichnis der aktuellen Geschäfte nicht erwähnt, sondern lediglich auf den Zusatzbericht verwiesen, der im 1. Quartal 2024 folgen soll.

Die FPD geht weiterhin davon aus, dass uns vor dem AFP 2024 diese versprochene Zusammenfassung vorgelegt wird.

Das ist so, und zwar wird Ihnen das zusammen mit dem AFP, mit einem separaten Geschäft vorgelegt. Es erscheint uns sinnvoll, dass wir das miteinander behandeln.

Astrid David Müller  
(SVP)

### **2.1.6 Dringliche Motion Nr. 2021-315 Übergeordnetes Konzept für Veloschnellrouten (VSR) Horw**

Reto Eberhard (SVP)

Die BVK ist mehrheitlich dafür, die Motion nicht abzuschreiben und stellt einen entsprechenden Antrag.

Auch die GPK spricht sich dafür aus, dass der Vorstoss noch nicht abgeschrieben wird.

Lukas Bucher (L20)

Auch die FDP ist wie die GPK und die BVK der Ansicht, dass die Motion noch nicht als erledigt abgeschrieben werden kann.

Jürg Biese (FDP)

Das ist jetzt genau ein Widerspruch zu dem, was Herr Burkard vorhin gesagt hat. Wenn man diese Motion schon mit der Bemerkung, dass der Gemeinderat die zusätzlichen Forderungen des Einwohnerrats prüfen und allfällige Massnahmen einleiten werde, als erledigt abschreiben könnte, dann könnte man jede überwiesene Motion sofort als erledigt abschreiben.

Das stimmt eben nicht. Es ist bei Motionen so, dass Sie verlangen, dass wir das Geschäft vorbereiten und Ihnen zur Beratung vorlegen. Die Motion ist dann erledigt, wenn das Geschäft vorliegt. Das Geschäft wurde vorgelegt, es wurde beraten und der Planungsbericht ist zur Kenntnis genommen worden. Ich muss Ihnen aber sagen, dass es sich nicht lohnt, weiter Energie in diese Diskussion zu investieren. Dann lassen wir es stehen, wenn die Mehrheit dieser Meinung ist, und dann kommt es dann halt nächstes Jahr wieder.

Thomas Zemp (Die  
Mitte)

**Abstimmung:**

Antrag der BVK, die dringliche Motion Nr. 2021-315 «Übergeordnetes Konzept für Veloschnellrouten (VSR) Horw» nicht abzuschreiben.

**Dem Antrag wird mit 24:3 Stimmen zugestimmt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**3.1.1 Postulat Nr. 2019-699 Zukunft Mergelgrube Grisigen**

Die BVK stellt den Antrag, das Postulat als erledigt abzuschreiben und stellt den entsprechenden Antrag.

Reto Eberhard (SVP)

Das Postulat geht auf die Forderung unserer Partei zurück. Es hat uns sehr gefreut, zu hören, dass im August die Baubewilligung erteilt wurde und man nach langem Hin und Her jetzt endlich mit der Rekultivierung anfangen kann.

Ivan Studer (Die  
Mitte)

Es liegt ein sehr guter Lösungsvorschlag vor, der auf viele Lastwagentransporte verzichtet und das Gebiet ökologisch stark aufwerten wird. Somit sind aus Sicht der Mitte/GLP-Fraktion die Forderungen vollständig umgesetzt bzw. angenommen worden. Wir unterstützen den Antrag der BVK, das Postulat abzuschreiben.

Auch über die Zukunft Mergelgrube Grisigen hat die GPK gesprochen und durch den vertretenden Gemeinderat die Information erhalten, dass die Baubewilligung inzwischen erteilt wurde und darum das Postulat zur Abschreibung bereit ist.

Lukas Bucher (L20)

Es ist gut und recht, dass die Baubewilligung gesprochen und damit ein Meilenstein geschaffen wurde nach der langen Zeit, in der uns die Mergelgrube beschäftigt hat. Aber es ist natürlich noch nicht fertig.

Urs Steiger (L20)

Letztlich geht die Rekultivierung weiter und da gibt es verschiedene Aufgaben. Bevor wir das Postulat abschreiben, würde ich gerne vom Gemeinderat hören, welches Controlling er im Zusammenhang mit dieser Rekultivierung wahrnimmt und welche Aufgaben auf die Gemeinde in dem Zusammenhang noch zukommen.

Eigentlich müsste ich jetzt mea culpa sagen, dass wir das Postulat nicht zur Abschreibung beantragt haben. Wir haben das Postulat geprüft und es auch tatsächlich fertiggebracht, dass das Rekultivierungskonzept, das die AGZ erstellt hat, all den Forderungen des Postulats nachkommt. Es ist ja nicht die Frage, ob die Rekultivierung gemacht wird oder nicht, das hat eigentlich nichts mit dem Postulat zu tun. Jetzt sind wir in einem operativen Bereich, wo wir die Baubewilligung erteilt haben und das wird jetzt umgesetzt. Das Projekt selbst ist relativ komplex in dem Sinn, dass es sich aus verschiedenen Rekultivierungsmassnahmen und aus Sicherungsmassnahmen zusammensetzt.

Thomas Zemp (Die  
Mitte)

Die Sicherungsmassnahme ist ja im Wesentlichen die Schwendelbergstrasse, die mit Betonelementen und Felsankern vorsorglich gesichert werden muss, damit die Strasse keinen Schaden nimmt, wenn sich der Hang weiter abträgt. Weiter gibt es ganz viele Rekultivierungsmassnahmen, die sich aufteilen in Massnahmen in der Landschaft, Massnahmen in Flora und Fauna, Massnahmen zur Besucherlenkung und zur Entwässerung. Es gibt natürlich auch ein Pflegekonzept, das schon mindestens im Entwurf vorliegt und es gibt eine Aufgabenverteilung. Alles, was grob gesagt im Bereich von Naturschutz liegt, ist nachher eine kantonale Aufgabe. Das ist ja ein national geschütztes Gebiet für Kröten usw. Der Kanton schaut, dass die Teiche, die erstellt werden, die Flächen und die tieferen Gewässer so unterhalten werden, dass sie auch die Leistung erbringen können, wofür sie gemacht worden sind. Dann gibt es natürlich eine Sache im Bereich der Entwässerung, wo das Wasserbaugesetz vorgibt, was die Gemeinde machen muss. Alle öffentlichen Gewässer fallen in unseren Zuständigkeitsbereich, wenn sie ein gewisses Mass nicht überschreiten, ansonsten liegt die Zuständigkeit beim Kanton. Dann gibt es auch Elemente, die bleiben weiter bei der AGZ, insbeson-

dere die Sicherungsprojekte an der Schwendelbergstrasse, die müssen sie natürlich überwachen. Grundsätzlich ist die AGZ immer noch Eigentümerin des Grundstücks und wird auch verantwortlich sein, dass dort oben kein Schaden entsteht resp. unten kein Schaden entsteht, wenn die Massnahmen nicht funktionieren sollten.

Alle drei Parteien werden Aufgaben haben, aber im Einzelnen kann ich das hier nicht alles erwähnen. Es ist auch noch nicht alles definitiv ausgehandelt. Wir haben ja gewisse Anliegen, beispielsweise dass das Transformatorenhäuschen für die Fledermäuse erhalten bleibt. Da müssen wir uns natürlich einigen, wer letztlich für den Unterhalt sorgen wird. Das ist jetzt nichts, was primär im Interesse der AGZ lag, sondern eher im Interesse des Naturschutzes. Aber das hat eigentlich nichts mit dem Postulat zu tun, das müssen wir sowieso machen.

**Abstimmung:**

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 2019-699 «Zukunft Mergelgrube Grisigen» als erledigt abzuschreiben.

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**3.1.5 Postulat Nr. 2021-734 Familienbetreuung Allgemein**

Wie Gemeinderätin Claudia Rööslì erwähnt hat und man lesen kann, erhalten Tageseltern für die Betreuungsstunden zuhause seit Anfang Jahr Fr. 9.50 statt wie bisher 7 Franken.

Yvonne Lindegger-  
Glauser (FDP)

Wenn es die Eltern wünschen, erhalten die Tageseltern für die Wartezeit zuhause – also eine Art Pikettdienst für den Fall, dass die Kinder unerwartet nach Hause kommen müssen – 1 Franken pro Stunde. Dafür müssen die Tagesmütter oder Tagesväter erreichbar sein und innert nützlicher Frist das betreute Kind – unter Umständen mit einem Auto – abholen können. Für die Mahlzeit erhalten sie je nach Alter vom betreuten Kind Fr. 4.50 bis Fr. 8.00.

Gemäss Ausführungen im B+A müssen die Vergünstigungen für die Eltern nicht angepasst werden, da die Preise schon sehr attraktiv seien und es schwierig sei, Tageseltern zu finden. Bei den im Postulat angesprochenen Vergünstigungen geht es aber nicht um Vergünstigungen für die abgebenden Eltern, sondern um Vergünstigungen als weiterer Vorteil, wenn sich Tageseltern zur Verfügung stellen.

Angesichts der vorgenannten Entschädigungen und der Beschreibung auf der Horwer Internetseite über die Bedeutung und Verantwortung von Tagesfamilien verwundert es nicht, dass die Nachfrage an Tageseltern das Angebot übersteigt.

Per 16. August sind gemäss meines Wissens noch insgesamt 12 Tageseltern tätig. Es bräuchte mehr und es gab früher auch deutlich mehr. Weil dieses Angebot auch gemäss Internetseite von Horw so bedeutungsvoll und wichtig ist, gehe ich nicht davon aus, dass es abgeschafft werden soll. Somit ist für die FDP klar, dass noch nicht genug getan wurde, um die Familienbetreuung im Allgemeinen, und insbesondere die Tageseltern zu unterstützen und zu fördern. Deshalb beantrage ich, das Postulat Nr. 2021-734 nicht als erledigt abzuschreiben.

Ich nehme ihr Votum so entgegen, muss aber sagen, dass wir das Postulat nach wie vor abschreiben wollen. Wir sind der Meinung, dass wir für die Tageseltern genügend gemacht haben und genügend machen. Es ist richtig, dass wir aktuell 12 Tageseltern haben und es gibt jetzt eine 13. Person, die das machen wird. In den letzten Jahren bewegten wir uns um die Zahl von 14 Tageseltern herum, aber was man klar sehen muss, ist die Menge der Kinder, die die Tageseltern heute betreuen. Das ist klar mehr als damals, als wir mehr Tageseltern hatten. Aktuell ist es so, dass die 13 bis 14 Ta-

Claudia Rööslì  
Schuler (L20)

geseltern im Durchschnitt 5 Kinder pro Tag betreuen und das von Montag bis Freitag. Es ist nicht so, dass die Kinderbetreuung von uns vernachlässigt wird, im Gegenteil. Wir schätzen das sehr und gerade alleinerziehende Mütter geben sehr gerne ihre Babys zu Tageseltern und die Kinderzahl hat nicht abgenommen, das muss man sehen. Dazu kommt, dass das heute auch eine Zeiterscheinung ist und andere Gemeinden genau das gleiche Problem haben, nicht mehr so schnell Tageseltern zu finden. Die meisten Frauen arbeiten heute mit einem Teilzeitpensum weiter in ihrem Beruf.

Dann kommt auch noch dazu, dass, sobald die Kinder in den Kindergarten gehen, die Eltern die Kinder gerne in den Schülerhort geben. Das ist eine Tatsache, die man auch in Betracht ziehen muss.

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, das Postulat Nr. 2021-734 «Familienbetreuung Allgemein» nicht abzuschreiben.

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**Der Antrag wird mit 4:21 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

**3.1.8 Postulat Nr. 2021-741 Tempo 30 auf der Technikumstrasse**

Die BVK ist mehrheitlich der Meinung, dass man das Postulat nicht abschreiben soll und stellt einen entsprechenden Antrag.

Reto Eberhard (SVP)

Die Mitte/GLP-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen. Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und wird die Tempoanpassung nach dem Bau- und Auflageprojekt vornehmen. Wie im Eintreten bereits erwähnt, gehört die Umsetzung gemäss Geschäftsordnung nicht zum Postulat.

Ivan Studer (Die  
Mitte)

**Abstimmung:**

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 2021-741 «Tempo 30 auf der Technikumstrasse» nicht abzuschreiben.

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**Der Antrag wird mit 11:14 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.**

**3.2.1 Postulat Nr. 2022-742 Soziale Belegung des Horwer Dorfzentrums**

Die GSK stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben. Die Massnahmen, die in der Begründung zur Abschreibung des Postulats aufgeführt werden, sind teils nur temporärer Natur. Zum Beispiel ist die Begründung durch das Jugendparlament nicht fortgeführt worden oder die Massnahmen konnten noch nicht umgesetzt werden, wie z. B. die pop-up-Piazzas, die vorgestellt werden.

Eliane Nater (L20)

Zudem sind mehrere, von Charlotte Schwegler im Postulat aufgeführten Punkte, die durch den Gemeinderat geprüft werden sollen, in der Begründung nicht erwähnt, weil sie noch nicht ausgeführt worden sind. Wir denken zum Beispiel an die Erarbeitung eines Konzepts für die Nutzung der Bewirtschaftung des Gemeindehausplatzes oder auch an eine dauerhafte grossflächige Begrünung resp. Entsiegelung des Dorfplatzes.

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag, aber vielleicht nicht ganz mit der gleichen Argumentation.

Ivan Studer (Die  
Mitte)

In dem Kurzbericht sind drei Massnahmen aufgeführt, die geprüft wurden. Eine Aktion war vom Jugendparlament und eine ist aufgrund eines anderen Vorschlags gemacht worden. Es war also eigentlich nicht wirklich aufgrund von dem Postulat.

Wir haben das Gefühl, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, wie man das Zentrum nachhaltiger aufwerten könnte und dass der Gemeinderat nochmal über die Bücher gehen und prüfen soll, was es für Möglichkeiten gibt. Insbesondere gibt es einfache

Massnahmen, das sieht man auch in dem Postulat, das wir in den letzten Tagen für die Erstellung von einem Bouleplatz und der Entsiegelung von Fläche eingereicht haben.

Wir glauben, dass die Prüfung durchaus ein bisschen weiter gehen kann und wären froh, wenn der Gemeinderat noch weitere Massnahmen präsentiert, wie man das Dorfzentrum beleben kann. Darum unterstützen wir den Antrag der L20 auf Nichtabschreibung.

Auch ich als Postulantin bin von der Abschreibung nicht überzeugt. Das Postulat von Herrn Camenzind nehme ich als Indiz dafür, dass das Kernanliegen meines Postulats immer noch aktuell ist. Zudem scheinen mir die geprüften Punkte wenig kreativ. Ich habe auch noch gefordert, dass man weitere Massnahmen prüfen soll. Da konnte mir Chat GPT mehr Antworten liefern als das, was aufgeführt worden ist.

Charlotte Schwegler  
(L20)

Herr Burkard hat eingangs erwähnt, dass man ab und zu das Glück hat, einen B+A zu bekommen, in dem die zur Prüfung dargelegten Punkte noch ausgeführt werden. Da mir dieses Glück nicht vergönnt wurde, habe ich noch ein paar Fragen, und zwar würde mich interessieren, wie bei der Prüfung der Bedarf abgeklärt wurde resp. ob die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung von 2021 und deren Inputs eingeflossen sind. Auch interessant fände ich zudem, welche Massnahmen ausserhalb von den Punkten, die im Postulat aufgeführt sind, geprüft wurden und ob ein Gesamtkonzept erstellt worden ist.

Wie ich bereits im Eintreten gesagt habe, folgt die FDP dem Antrag der GSK nicht. Aus unserer Sicht wurde für die soziale Belebung des Horwer Dorfzentrums schon genug gemacht. Es ist jetzt auch bei diesem Postulat so, dass seitens Gemeinde geprüft wurde, was man machen kann. Wenn die L20 der Meinung ist, dass man mehr machen muss oder noch etwas anders prüfen sollte und die Gemeinde sagt, sie habe das schon geprüft, dann könnte man ja auch einen Planungsbericht verlangen, in dem aufgezeigt wird, was man alles geprüft und schon umgesetzt hat.

Jürg Biese (FDP)

Die FDP ist nicht für den Antrag der GSK und für Abschreibung des Vorstosses.

Aus den gleichen Gründen unterstützt auch die SVP-Fraktion den Antrag der GSK nicht, sondern den Antrag des Gemeinderates, nachdem diverse Ideen geprüft worden sind und das sind doch mehrere. Es ist ein Vorstoss, den wir endlos prüfen könnten, online oder mit Bevölkerungsbefragungen. Ich denke, wir haben da sinnvolle konkrete Antworten und um Platz zu machen für neue Vorstösse ist es sinnvoll, die beiden Postulate abzuschreiben.

Reto von Glutz (SVP)

Wie im Text bereits dargelegt – ich habe den nicht mit künstlicher Intelligenz verfasst, das mache ich vielleicht das nächste Mal – haben wir einige Massnahmen geprüft. Eine Prüfung, die hier gar nicht aufgeführt ist, war letztes Jahr mit den Buvetten. Wir hatten explizit den Standort für die Buvette vorgeschlagen und sämtliche Interessenten, also auch die, die gesagt haben, sie könnten nicht in diesem, aber allenfalls im nächsten Jahr, haben abgewunken und gesagt, sie sähen da überhaupt keinen Bedarf und keine Möglichkeiten, eine Buvette aufzustellen. Wir hatten die pop-up-Parks effektiv geplant, das Ganze wurde aber durch die Situation mit der Seenergy durchgekreuzt und wir konnten die Piazza nicht innerhalb der Baustelle aufstellen. Das ist aber im nächsten Jahr geplant.

Astrid David Müller  
(SVP)

Es ist auch nicht ganz ohne, den Platz dauerhaft zu begrünen, was ja auch ein Antrag war. Auf der einen Seite müssen die Blaulichtorganisationen durchfahren können, auf der anderen Seite ist man froh um die Flexibilität, wenn z. B. grössere Zelte aufgestellt werden müssen, denn es gibt immer wieder Veranstaltungen auf dem Platz. Eine dauerhafte Belegung sehe ich selber nicht, aber eine temporäre. Wir haben das geprüft

und möchten auch einen Teil der Massnahmen umsetzen. Sie haben ja auch den Vorstoss für eine Petanquebahn erwähnt. All die Sachen sind dadurch möglich, dass man eine gewisse Flexibilität auf dem Platz hat und ihn nicht einfach dauerhaft belegt. Wir haben geprüft, was verlangt war, und wenn jemand weitere Ideen hat, schlage ich vor, dass man das im Rahmen von einem weiteren Vorstoss einbringt. Es ist eine Daueraufgabe, die Attraktivität zu prüfen, aber es kann nicht sein, dass der Vorstoss dann über Jahre pendent bleibt, weil immer weitere Ideen nachgeschoben werden und man sich auf den Text des Vorstosses stützt, der sehr allgemein gehalten ist. Darum beantrage ich, das Postulat als erledigt abzuschreiben, um auch Platz für neue Ideen zu bringen.

Sie sagen, Postulate wie zur Boule- oder Petanquebahn könne man annehmen, die könne man einfach umsetzen. Aber wenn ein Postulat ein Konzept erfordert, ohne dass es explizit erwähnt wird, heisst es immer, es sei ja geprüft worden. Von mir aus gesehen hat das Postulat von Anfang an ein Konzept erfordert. Punktuelle Sachen, die ich als Ideenreicherung gegeben habe, sind geprüft worden, aber es ist nicht systematisch angegangen worden. Das, was Sie von uns einfordern, ist schon fast Mikromanagement, dass man sagt, wir hätten gerne das und das und das, und das gibt nachher ein Puzzle, aber ein Gesamtkonzept gibt es nicht. Das finde ich von dem Punkt her schade, weil uns ja dann immer die guten Ideen kommen müssen, aber es wäre ja eigentlich auch im Sinn der Verwaltung, vielleicht ein bisschen grösser und konzeptionell und systematisch zu denken, was es braucht und was von der Bevölkerung gewünscht wird. Was sind z. B. 2021 für Inputs gekommen und wie kann man die umsetzen? Das sind Informationen, die Sie als Gemeinde haben und ich hätte mir bei dieser Prüfung gewünscht, dass man das Gesamtbild auch mit kulturellen Aspekten usw. betrachtet und ein Konzept erstellt. Das wäre der Hintergedanke gewesen und ich finde, dass man das immer noch prüfen kann und darum bin ich für Nichtabschreiben.

Charlotte Schwegler  
(L20)

**Abstimmung:**

Antrag der GSK, das Postulat Nr. 2022-742 «Soziale Belebung des Horwer Dorfzentrums» nicht abzuschreiben.

**Dem Antrag wird mit 16:11 Stimmen zugestimmt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**3.2.4 Postulat Nr. 2022-748 Öffentlicher Kühlschrank Lehner Larissa**

Im Kommentar des Gemeinderates heisst es: «Das Projekt «Madame Frigo» konnte erfolgreich umgesetzt werden. Seit Mai 2023 steht auf dem Gemeindehausplatz ein öffentlicher Kühlschrank.»

Jürg Biese (FDP)

Ich habe mir am letzten Sonntag einmal erlaubt, in den öffentlichen Kühlschrank auf dem Gemeindehausplatz zu schauen. Der Kühlschrank war leer. Darum habe ich dann das Hygieneprotokoll angeschaut, auf dem eingetragen ist, wann was für Lebensmittel in den Kühlschrank gelegt werden. Meine kleine Auswertung hat gezeigt, dass der Kühlschrank die Hälfte der Zeit leer gewesen ist und eine Temperatur von 6-15 °C hatte. Der Kühlschrank in dem Holzschrank von «Madame Frigo», der in den letzten Monaten Umgebungstemperaturen von über 30 °C ausgesetzt war, ist vermutlich keiner von den jüngsten und energiesparenden und läuft wahrscheinlich die ganze Zeit auf Hochtouren.

Horw ist Energiestadt, was für mich bedeutet, dass wir Energie sparen wollen. Darum frage ich den Gemeinderat, ob das Projekt wirklich erfolgreich umgesetzt wurde bzw. wie der Gemeinderat das beurteilt.

Ich weiss nicht, wie die Temperaturen in dem Kühlschrank sind. Wir wissen aber, dass er nicht rege gebraucht wird. Dazu sagt die Organisation «Madame Frigo», dass das normal sei und dass es eine gewisse Anlaufzeit brauche. Wir geben dem Projekt jetzt wahrscheinlich einmal ein Jahr Zeit, wir haben ja die Gruppe, die das betreut. Dass der Kühlschrank nicht rege genutzt wird, kann verschiedene Gründe haben. Wir haben uns auch überlegt, ob er dort zu exponiert ist, ob sich die Leute genieren, etwas hineinzulegen oder etwas herauszunehmen. Es kann sein, dass der Standort vielleicht nicht so optimal ist, aber im Moment haben wir noch keinen Anlass zur Sorge, dass es nicht funktioniert. Das Projekt soll eine gewisse Anlaufzeit haben.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Was ich weniger gut finde, das habe ich jetzt nicht auf dem Radar gehabt, dass in dem Kühlschrank die Temperatur schwankt. Das sollte eigentlich nicht sein. Es kann aber auch sein, dass man zum falschen Zeitpunkt misst, wenn man ihn aufmacht. Ob er jetzt übermässig stark besonnt ist, ja über den Standort kann man diskutieren, wir haben aber auch nicht beliebig viele Varianten zur Verfügung. Aber im Grundsatz, was das Postulat betrifft, es wurde abgeschrieben, das finde ich eigentlich richtig, aber ich muss mal ein Augenmerk auf die Temperatur richten. Es wäre definitiv nicht gut, wenn die zu weit nach oben geht und vielleicht auch, was man mit dem Energieverbrauch ist. Dass es ein alter Kühlschrank ist, glaube ich nicht. Da arbeitet man ja mit Elektrolux zusammen, die das sponsoren.

### **3.2.5 Postulat Nr. 2022-755 Kapazitätserhöhung Ringstrasse Kreisel Mattenhof bis Schlund**

Ich trete bei der Beratung des Postulats Nr. 2022-755 in den Ausstand.

Urs Steiger (L20)

Das Postulat beschäftigt sich ja mit der Ringstrasse, Kreisel Mattenhof bis Schlund. Die BVK ist klar der Meinung, dass man dem Anliegen noch zu wenig Nachdruck gegeben hat. Der Gemeinderat soll das noch einmal mitnehmen und entsprechend an den möglichen Stellen einbringen. Die BVK stellt den Antrag, das Postulat Nr. 2022- 755 nicht abzuschreiben.

Reto Eberhard (SVP)

Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt den Antrag. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Gemeinde Horw ein politisches Statement abgibt und mit Nachdruck daran festhält, dass wir als Gemeinde Horw extrem unzufrieden sind und grosse Bedenken haben. Die überbordenden Bauaktivitäten in Kriens und ein unrealistisches Verkehrskonzept bereiten uns grosse Sorgen. Schlussendlich wird Horw massiv unter dem Verkehrschaos leiden und die Zeche für eine missratene Planung bezahlen müssen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Es ist jetzt der letzte Zeitpunkt, um noch Änderungen einzufordern und vorzunehmen. Kriens und der Kanton Luzern sind aufgefordert, endlich ein realistisches Verkehrskonzept auszuarbeiten. Die Ringstrasse ist eine verkehrsorientierte Durchgangsstrasse und muss so konzipiert werden, dass der Mehrverkehr absorbiert werden kann. Alles andere ist für Horw nicht zumutbar. Darum fordern wir den Gemeinderat auf, zu versuchen, dies mit allen möglichen Mitteln durchzusetzen und darum sind wir auch der Meinung, dass die beiden Geschäfte nicht abgeschrieben werden sollen, sondern dass die Gemeinde ein klares politische Statement abgibt.

Die FDP folgt dem Antrag der GPK und der BVK, dies und das folgende Postulat betreffend Erhalt des Kreisels Mattenhof und die Kapazitätssteigerung der Ringstrasse nicht abzuschreiben. Einmal einen Brief an den Kanton zu schreiben, die Postulate und den Protokollauszug aus der Einwohnerratssitzung beilegen, damit ist es nicht getan, das Anliegen ist dafür zu wichtig. Das Postulat hat verlangt, dass der Gemeinderat sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, u. a. mit seiner Mitwirkung in den Gremien, wo er vertreten ist, für die Anliegen des Postulats einsetzt. Das ist aus unserer Sicht noch nicht gemacht.

Jürg Biese (FDP)

Mit der Nichtabschreibung dieser Postulate signalisieren wir dem Gemeinderat, dass wir mehr Intervention von Horw erwarten. Die nächste Gelegenheit ist bei der Vernehmlassung zum Vorprojekt des Kantons. Ich gehe davon aus, dass dann einfach die geplante Lichtsignalanlage und eine Kreuzung statt dem bisherigen Kreisel vorgesehen wird. Damit ist es nicht getan. Die Gemeinde sollte bereits jetzt auf die Antwort des Kantons, dass es die Lichtsignalanlage brauche, noch einmal intervenieren und verlangen, dass andere Lösungen zur Kapazitätserhöhung überlegt und geprüft werden. Wenn das Vorprojekt mit einer Kreuzung und Lichtsignalanlage vorliegt, ist es schon zu spät.

Wir bitten den Gemeinderat, auch wenn es gegen seinen Willen ist, den Entscheid des Einwohnerrats zu akzeptieren, aus der Passivität herauszukommen und sich aktiv für die Anliegen von diesen Postulaten einzusetzen.

Das Thema Kreisel Mattenhof ist für die Gemeinde Horw von derart zentraler Bedeutung, dass ich auch für die SVP-Fraktion ein Statement abgeben will. Es ist unerlässlich, dass im Rahmen der Verkehrs- und Baupolitik in und um Horw, der Gemeinderat à jour und am Ball bleibt und, wie es die Vorredner mit dem gleichen Nachdruck gesagt haben, bei nächster Gelegenheit im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens über unsere Vertreter im Kantonsrat, und wir im Einwohnerrat im Sinne der Horwer Verkehrspolitik, Einfluss nehmen.

Reto von Glutz (SVP)

Die beiden Postulate sind nicht abzuschreiben, sondern weiterzubearbeiten. Im gleichen Sinne wie meine Vorredner unterstützt auch die SVP-Fraktion den Antrag der BVK und der GPK.

Hoffen wir, die neue Kantonsrätin hat gut zugehört und bringt das dann in der nächsten Session ein.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ich darf Ihnen sagen, Sie hacken jetzt auf dem Gemeinderat herum und was mich vor allem erstaunt, ist, dass Sie die Lösung vorgeben, währenddem der Gemeinderat das Ziel vorgibt. Wir haben dem Kanton Luzern, dem vif, mit deutlichen Worten geschrieben, was unsere Erwartungshaltung ist und was unsere Befürchtungen sind. Wir haben gesagt, dass die Ringstrasse eine Aufgabe als Kantonsstrasse hat und diese muss sie auch künftig wahrnehmen. Weiter muss ich Ihnen sagen, dass der Gemeinderat, offenbar im Unterschied zu Ihnen, nicht in der Lage ist, fachlich beurteilen zu können, ob eine Lichtsignalanlage oder ein Kreisel die richtige Lösung ist. Ich kann aber sagen, dass uns der Kanton auf unser Schreiben geantwortet hat. Der Kanton hat ein Mandat vergeben, um die Kommunikation zu verbessern. Eines unserer Anliegen war, dass unser Einwohnerrat und unsere Bevölkerung versteht, welche Massnahmen umgesetzt werden und warum sie umgesetzt werden.

Der Kanton hat eine weitere Studie in Auftrag gegeben und uns auch die Resultate geschickt. Diese zeigen klar, wenn man die Lichtsignalanlage nicht macht, dann wird die Durchfahrtszeit vom Kreisel Waldegg bis auf die Autobahn von heute 4 Minuten auf etwa 6.5 Minuten steigen. Wenn man sie macht, steigt sie von 4 Minuten auf 4 Minuten und 15 Sekunden. Heute ist die Durchfahrt durch Horw bei 6 Minuten. Ein Fazit der Studie des Kantons ist, wenn man die Lichtsignalanlage nicht baut, dann wird die Durchfahrt durch Horw ein bisschen schneller sein als über die Ringstrasse. Bis 2040 nimmt der Verkehr dauernd zu und wir haben heute schon zum Teil Kapazitätsengpässe zu den Spitzenzeiten. Dann passiert genau das, was Sie nicht wollen, nämlich dass der Verkehr durch Horw geht. Die Studie des Kantons sagt, dass genau durch die Massnahme der Lichtsignalanlage, wenn man sie richtig steuert, der Kreisel Waldegg priorisiert werden kann.

Jetzt ist das natürlich eine Glaubensfrage. Ich bin ein bisschen erstaunt, dass Sie einfach vom Schiff aus sagen können, dass das nicht funktioniert und dass das die falsche Massnahme ist. Das ist ja kein Bauchentscheid des Kantons, sondern es wurden ziemlich viele Untersuchungen und Studien gemacht. Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass Verkehrsplanung heute so ist und in fünf Jahren sieht man es wieder anders. Das wissen wir von den Velowegen, vom gemischten Verkehr, getrennten Verkehr usw., das ändert immer wieder. Aber wichtig ist, dass man die Zielsetzung vorgibt und nicht die Lösung, und da sind wir dran. Sie sagen, der Gemeinderat würde sich zu wenig dafür einsetzen, das stimmt aber nicht. Gegen diesen Vorwurf wehre ich mich. Der Kanton hat auch gesagt, er werde uns, sobald er das Vorprojekt hat, wieder in der Vernehmlassung begrüssen. Aber ich sage Ihnen immer noch, ein wenig plakativ ausgedrückt: Am Schluss macht der Kanton auf dieser Strasse, was er will und wenn man das anders sieht, dann müssen die Kantonsräte das verlangen. Aber ich glaube, es ist noch schwierig, einfach ohne Fakten zu sagen, dass die Lösung falsch sei und eine andere besser ist. Natürlich kann man sagen, man habe teure Kreisel gebaut und jetzt baut man sie wieder teuer um, das ist schwer verständlich. Das ist aber eine Kommunikationsaufgabe, die der Kanton leisten muss.

Mir ist eigentlich gleich, ob dort ein Kreisel kommt oder eine Lichtsignalanlage. Mir ist aber nicht gleich, wo die Attraktivität zum Durchfahren liegt, und da muss man schauen, dass das eben nicht Horw ist. Es ist auch gegensätzlich, wenn man sagt, man will freie Bahn durch Horw, beispielsweise ohne Fahrbahnhaltestellen, aber keinen Verkehr. Wenn wir tatsächlich ein Problem bekommen mit dem Verkehr durch Horw und wir wollen es regulieren, was sind dann die Massnahmen? Eigentlich nur die, dass wir es unattraktiv machen. Und wie macht man es unattraktiv? Wir machen eine Lichtsignalanlage, wenn es um das Hineinfahren in Horw geht. Wir machen Fahrbahnhaltestellen, wir machen Tempo 20, einfach so, dass möglichst jeder sagt, da fahre ich sicher nicht durch, da brauche ich länger. Das sind die einzigen Massnahmen, die uns bleiben, nur leider können wir dann nicht unterscheiden und sagen: Du bist ein Horwer, du kannst fahren, und du bist der Durchgangsverkehr, du kannst nicht fahren. Was auch noch interessant ist: In der Studie wurde recht klar aufgezeigt, wie viel Verkehr durch Horw geht, und zwar von der Waldegg bis auf die Autobahn. Was meinen Sie, wie viel das ist? Praktisch null. Das sind interessante Aussagen und ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat sind auch zu dem Schluss gekommen, dass das wahrscheinlich schon etwas hat, was die Studie sagt.

Es geht dem Einwohnerrat vor allem darum, dass die Ringstrasse als verkehrsorientierte, durchlässige Strasse konzipiert ist, die den Mehrverkehr aufnehmen kann.

Ivan Studer (Die Mitte)

In Luzern Süd prognostiziert die Studie den Stau auf der Ringstrasse auf fünf Stunden pro Tag. Mich würde mal interessieren, wo die Autos durchfahren, wenn fünf Stunden Stau auf der Ringstrasse ist. Die fahren dann eben durch Horw durch. Es ist jetzt vielleicht momentan einfach zu sagen, es fährt dann niemand durch Horw, um auf die Autobahn zu gehen, weil in der Regel die Ringstrasse funktioniert. Wenn aber eine Ringstrasse während des Tages fünf Stunden verstopft ist, wird die Situation eine andere sein und dem muss man vorbeugen. Darum ist das nicht unbedingt ein zulässiger Vergleich, wenn Sie jetzt sagen, momentan sind die Zahlen so und das wird für die Zukunft alles so sein. Es ist eine andere Ausgangslage, und zwar dass

- a) vielmehr Leute in diesem Gebiet wohnen werden und
- b) wird die Strasse unattraktiver wird.

Ob dann schlussendlich der Kreisel das Problem ist oder etwas anderes, das möge dahingestellt sein. Es muss einfach klar sein, dass die Ringstrasse den Mehrverkehr, der durch die Bautätigkeit in Kriens anfällt, selbst aufnimmt.

**Abstimmung:**

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 2022-755 «Kapazitätserhöhung Ringstrasse Kreisel Mattenhof bis Schlund» nicht abzuschreiben.

**Dem Antrag wird mit 19:0 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**3.2.6 Postulat Nr. 2022-757 Kreisel Mattenhof soll bestehen bleiben**

Es geht ebenfalls um den Kreisel Mattenhof. Wir haben schon vieles dazu gehört, und die BVK ist auch bei diesem Postulat der Meinung, dass man das nicht abschreiben soll und stellt einen entsprechenden Antrag.

Reto Eberhard (SVP)

**Abstimmung:**

Antrag der BVK, das Postulat Nr. 2022-757 Kreisel Mattenhof nicht abzuschreiben.

**Dem Antrag wird mit 17:0 Stimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**3.2.13 Postulat Nr. 2023-768 Erweiterung Badeplatz EAWAG**

Ich würde gerne von der zuständigen Gemeinderätin erfahren, warum sie das abschreiben will. Wenn sie weiterhin in Verhandlungen gehen will, ist ja das Beste, was ihr passieren kann, dass sie einen Auftrag dafür hat. Wenn sie den Auftrag abschreibt, werden die Verhandlungen schwierig. Darum wüsste ich gerne, was die Überlegung dahinter ist.

Philipp Peter (L20)

Die Überlegungen waren die, dass wir uns mit der EAWAG in Verbindung gesetzt haben. Das Postulat ist ja ein bisschen angriffig formuliert, es heisst ja: «...alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Fortbestand der Parkplätze zu verhindern.» Da müsste man sagen, das ist wahrscheinlich inhaltlich nicht einmal möglich.

Astrid David Müller  
(SVP)

Wir haben aber auf Verhandlungen mit der EAWAG gesetzt und das waren auch konstruktive Gespräche. Das sieht man auch in der Beantwortung Ihrer Interpellation, also wir haben auch rechten Aufwand betrieben. Das Zeitfenster ist sehr eng, aber wir haben gesehen, dass eine Bereitschaft besteht, das haben wir auch den Verantwortlichen dargelegt und wir sind auch weiter in Kontakt, dass wir im Herbst weiterschauen. Die Idee ist, dass man evaluieren sollte, wie der Bedarf der EAWAG war und ob es Probleme gab. Soweit ich sehe, gab es keine Probleme mit den Parkplätzen, sie waren auch offen betr. Seezugang, der eigentlich exklusiv für sie ist, um Veloparkplätze zur Verfügung zu stellen, sodass ich der Auffassung bin, dass wir auf diesem Weg konstruktiv weiterkommen und dass das bei uns als Daueraufgabe verankert ist. Daher der Antrag, das Postulat abzuschreiben. Sonst wäre das wahrscheinlich so ein Postulat, das man jahrelang mitnehmen könnte.

Danke für diese Ausführungen. Ich bin sehr froh zu hören, dass es weitergeht und ich finde es auch gut, dass Sie das jetzt als Dauerauftrag bei sich aufnehmen. Das ist sicher wichtig.

Philipp Peter (L20)

Ich möchte aber trotzdem den Antrag stellen, das Postulat noch nicht abzuschreiben, bis wir die nächsten Gespräche geführt haben. Es ist wichtig, dass man noch einen Prüfauftrag hat, auch als Argument, und dann können wir nächsten Herbst darüber reden, ob wir es abschreiben.

**Abstimmung:**

Antrag der L20, das Postulat Nr. 2023-768 «Erweiterung Badeplatz EAWAG» nicht abzuschreiben.

**Der Antrag wird mit 8:19 Stimmen abgelehnt.**

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

### **Abstimmung Beschluss:**

1. Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Nr. 274/2012 wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.
3. Die Postulate Nrn. 2019-699, 2021-734, 2021-738, 2021-741, 2022-743, 2022-748 und 2023-768 werden mit 26:0 Stimmen bei 1 Enthaltung als erledigt abgeschrieben.

### **Gesamtabstimmung:**

**Dem Bericht und Antrag Nr. 1734 Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird einstimmig zugestimmt.**

## **2. Bericht Präsidium Bürgerrechtsdelegation**

Es wurde gewünscht, diesen Bericht kurz zu halten. Ich werde mich auf die Gesuche und Entscheide in Zahlen beschränken. Trotzdem möchte ich vorausschicken, dass die Bürgerrechtsdelegation die regulatorischen Vorgaben einhält.

Bettina Beck  
Bertschmann (Die  
Mitte)

Im vergangenen Amtsjahr haben wir 8 Sitzungen durchgeführt. Es sind 30 Gesuche für 46 Personen eingereicht worden. Sämtlichen 46 Personen konnten wir das Bürgerrecht zusprechen. 15 von diesen Personen sind noch minderjährig. Es handelt sich um 3 Jugendliche und 12 Kinder. 31 Personen sind Erwachsene, 3 davon aber noch sehr jung, also unter 20 Jahren. Gemeinsam haben sich 8 Familien einbürgern lassen, diese umfassen 26 Personen.

Die Gesuchstellenden stammen aus 13 Ländern:

11 Personen aus Deutschland

8 Personen aus der Türkei

7 Personen aus Griechenland

6 Personen aus Rumänien

3 Personen aus Kosovo

je 2 Personen aus Dänemark, Eritrea, Italien

je 1 Person aus Aegypten, Dominikanische Republik, Nordmazedonien, Portugal und Serbien.

An dieser Stelle möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen der Bürgerrechtsdelegation danken, insbesondere für die gute Gesprächsführungen und ihr Engagement. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und die Kenntnisnahme dieses Berichtes.

## **3. Bericht Präsidium Geschäftsprüfungskommission**

Es freut mich sehr, Ihnen als GPK-Präsident über den Zeitraum vom September 2022 bis Juni 2023 zu berichten.

Lukas Bucher (L20)

Die Zusammensetzung der GPK hat sich seit dem letzten Bericht geändert. Seit der Wahl von Frank Matter am 24. November 2022 sind Mitglieder der GPK: Frank Matter, L20; Leo Camenzind, Die Mitte; Pius Barmet, GLP; Stefan Maissen, FDP; Urs Rölli, FDP; Reto von Glutz, SVP; und ich, L20. Unsere Kommission war mehrheitlich mit den anlässlich von Einwohnerratssitzungen vorliegenden Berichten und Anträgen beschäftigt. Stets sind wir bemüht, dass der Gemeinderat Transparenz gegenüber dem Einwohnerrat schafft.

Seit dem Sommer 2023 bis Ende 2023 führt die BDO AG im Auftrag der GPK im Sinne einer Sonderprüfung eine Analyse der Pensen unseres Gemeinderates durch. Anhand eines etablierten Prozesses werden diese kritisch hinterfragt und auf ihre Aktualität geprüft.

Die GPK hat seit September 2022 bis Juni 2023 insgesamt ca. 40 Stunden getagt. Es waren intensive Sitzungen, die sicher allen Mitgliedern viel abverlangt haben. Gerade, weil wir als Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier neben dieser Tätigkeit noch viele andere Rollen und Verantwortungen im Leben haben.

Ich danke den Mitgliedern der GPK und regelmässigen GPK-Gästen für die gute Zusammenarbeit. Nun gehen wir mit gleicher Einstellung das letzte Jahr der Legislatur 2020-2024 an und ich freue mich über weitere konstruktive und fokussierte Sitzungen.

#### **4. Bericht und Antrag Nr. 1733 Planungsbericht «Weiternutzung Bestandesbau Schulhaus Allmend»**

##### **Eintreten GPK**

Reto von Glutz (SVP)

In der GPK haben die zuständige Gemeinderätin Astrid David Müller und die Projektleiterin Rebecca Bauch die voraussichtliche Zukunft der Schulanlage Allmend erklärt und uns dargelegt, wie der Bestandesbau des Schulhauses Allmend die kantonalpflichtigen und die gemeindeeigenen Sekundärnutzungen sicherstellen kann. All die notwendigen Nutzungen aus Kindergärten, Palazzine und anderen Niederlassungen finden demnach im Bestandesbau ab 2026 grundsätzlich und auch ausreichend Flächen vor. Der Flächenbedarf, der doch eine Kernaufgabe ist, ist gemäss den Empfehlungen der Dienststelle Volksschulbildung beziffert worden. Dabei ist man in der Regel vom Maximalbedarf pro Kind ausgegangen und es wurde auch der Entwicklung für Tagesstrukturen, d. h. für Mittagstische, Hausaufgabentreff und Kinderhort Rechnung getragen im Wissen, dass die Prognosen schwierig vorauszusehen sind bzw. schwieriger als für die Schule. Die Wachstumsquote für die Tagesstrukturen misst sich zudem progressiv an den Schülerzahlen.

Generell hat man in diesem Planungsbericht immer von den heute bekannten hoch gerechneten Zahlen das Maximum, das sogenannte Worst-Case-Szenario angenommen. Damit können im bestehenden Primarschulhaus aber alle Angebote aufgenommen werden.

Die Hochrechnung für die Schulraumplanung anhand der effektiven An- und Abmeldungen wird jährlich neu überprüft und muss dann auch nach Meinung der GPK stets aktuell gehalten werden, sind das doch die Zahlen und Fakten, die uns dann bei der Finanzdebatte zugrunde liegen. Wir dürfen dann auch von einer Kontrolle ausgehen, wird doch etwa alle fünf Jahre durch das Rektorat von den Schulen Horw eine Expertise zur Entwicklung der Schülerzahlen in Auftrag gegeben. Bei der Prognose sind, wie gesagt, die Maximalzahlen angegeben worden, darüber hinaus dennoch eine gewisse Reservefläche einkalkuliert.

Die GPK hat die fachliche Begleitung sehr geschätzt und den Planungsbericht Weiterführung Bestandesbau Schulhaus Allmend zur Kenntnis genommen. Die Kommission stellt keine eigenen Anträge und ist für Eintreten auf der B+A Nr. 1733.

### **Eintreten BVK**

Urs Steiger (L20)

Der Planungsbericht zeigt im Wesentlichen auf, dass die heute absehbaren Nutzungen in den bestehenden Bauten Platz finden können und dass die Bauten mit geringem Aufwand, der im laufenden Budget untergebracht werden kann, für eine gewisse, aber nicht definierte Zeit weiterbetrieben werden können.

Die BVK hätte sich gewünscht, dass der Gemeinderat über diesen Flächennachweis hinaus strategische Überlegungen aufzeigt, wie lange man die Bauten tatsächlich, mit Hilfe von skizzierten Unterhaltsmassnahmen, fit halten kann. Antworten dazu liefert nämlich auch die Testplanung nicht, die im Bericht wieder als Grundlage herangezogen wurde.

Es ist hier nochmals zu erwähnen, dass der Einwohnerrat die Testplanung als Strategiepapier nie behandelt hat und damit auch die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, nie aufgezeigt worden sind.

Der Planungsbericht, der jetzt vorliegt, hat die Möglichkeit eröffnet, die Diskussion nachzuholen. Die im Planungsbericht skizzierten Unterhaltsmassnahmen sind letztlich nur Behelfsmassnahmen, um grössere Investitionen auf später zu verschieben. Die Ausführungen der Gemeinderätin und der Projektleiterin haben dann auch aufgezeigt, dass es gerade auch das Ziel ist, die Massnahmen so zu planen, dass nicht grössere Auflagen damit verbunden sein können, also dass man um diese Auflagen herumkommt. Solche sind aber über kurz oder lang notwendig. Seien es Instandsetzungsmassnahmen oder auch ein Neubau. In der Beilage 2 finden sich nämlich die Hinweise auf den Zustand der Bauten. So bestehen Schadstoffbelastungen verschiedenster Art. Teile der Gebäude müssten hinsichtlich der Erdbebensicherheit ertüchtigt werden und die Gebäude sind auch nicht hindernisfrei. Aussagen dazu, wie man grundsätzlich damit umgehen will, nicht im technischen Detail, sondern wie man die beheben will, fehlen hier in diesem Planungsbericht. Auch die Aussagen vom wärmetechnischen Zustand bleiben vage. Für die BVK ist es angesichts des anstehenden Ergänzungsbaus und den damit verbundenen Kosten verständlich, dass heute noch kein zusätzliches Grossprojekt angegangen wird und dass man grössere Investitionen hinausschieben will. Doch würden es ja durchaus auch heute interessieren, wie man damit umgehen will, wenn die geplanten Nutzungen in die Bauten einziehen, in Bauten, bei denen tatsächlich die Tage gezählt sind, die sie erhalten bleiben können. Dazu bleiben einige Fragen offen, auf die die Kommission keine Antworten bekommen hat. Kurz und gut, es braucht dazu strategische Überlegungen, wann die Probleme wirklich angegangen werden. Die BVK beantragt darum zu Punkt 5.1 eine entsprechende Bemerkung. Ansonsten ist die BVK für Kenntnisnahme des B+As Nr. 1733.

### **Eintreten GSK**

Marc Wiest (Die Mitte)

Der B+A wurde grundsätzlich gut aufgenommen. Die GSK bedankt sich für die detaillierte und verständliche Ausarbeitung.

Zu reden gaben hauptsächlich drei Themen:

1. Unter Punkt 4.3 Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen haben wir die Diskrepanz zwischen der geforderten und bereitgestellten Fläche für den Mittagstisch besprochen. Es ist erklärt worden, dass das Unterangebot erst für eine Prognose ab 2028 existiert, vorderhand reiche die Kapazität gut aus. Weiter seien Abklärungen am Laufen, ob ein zentralisierter Mittagstisch im Dorfzentrum eingeführt werden soll. Damit würden diese Räumlichkeiten gar nicht mehr benötigt. Eine Kommissionsminderheit fragte sich trotzdem, ob die Raumeinteilung nicht so hätte geplant werden können, dass auch im Fall einer Nichtzentralisierung das Raumangebot längerfristig ausreichend gewesen wäre. Unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit, dass die Zentralisierung zustande kommt und auch der vorhandenen

Reserveflächen im 1. OG von Trakt 2 hat sich die GSK schlussendlich gegen einen Antrag entschieden.

2. Es wurde festgestellt, dass akzeptiert wird, dass der ganze Bau bis voraussichtlich 2040, also für weitere 17 Jahre, nicht barrierefrei sein wird. Dies, weil dieser Rat beschlossen hat, keine Investitionen tätigen zu wollen, mindestens bis Klarheit über die Zukunft des Grundstücks herrscht. Die Mehrheit der Kommission erachtet dies auch weiterhin als sinnvoll.
3. Es wurde angemerkt, dass der B+A gar keine Kostenangaben beinhaltet. Es soll aber gar nicht investiert werden und der B+A nur ein Planungsbericht sein mit dem Ziel, die möglichen Nutzungen aufzuzeigen und das ist von der Kommission auch so akzeptiert worden.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1733.

### **Eintreten L20**

Philipp Peter (L20)

In wenigen Tagen ist es ein halbes Jahr her, dass in diesem Rat über den Ergänzungsbau Schulanlage Allmend und den entsprechenden Nachtragskredit ausgiebig und intensiv, auch emotional, debattiert worden ist. An dieser Sitzung hat nicht nur die L20, sondern auch diverse Kommissionen und Fraktionen ihren Unmut über die fehlende Transparenz, über die Vorgehensweise und die Qualität der Berichterstattung zum Ausdruck gebracht. Wir haben an dieser Sitzung eine Controlling-Kommission geschaffen und gleichzeitig Anträge zur besseren Unterstützung und Begleitung der Projektleitung überwiesen. Die Massnahmen scheinen im Moment noch wenig genützt zu haben. Um die Katze gleich aus dem Sack zu lassen: Die Fraktion der L20 ist für die Zurückweisung des B+As Nr. 1733. In unseren Augen gelingt es dem B+A nicht, eine qualitativ hochwertige Schulanlage sicherzustellen.

1. Der B+A zeigt sich in diversen Bereichen zu vage und ungenau, das haben wir jetzt auch schon bei den Eintreten der Kommissionen gehört. Man bekommt den Eindruck, dass weiterhin die Strategie verfolgt wird: «Wir bauen jetzt erst einmal einen Neubau mit Unterrichtsräumen und alles andere können wir dann genauer anschauen, wenn es so weit ist.»

Für eine zukunftsfähige und langfristig qualitativ hochstehende Horwer Volksschule ist das aber zu wenig. Schule ist eben mehr als Unterricht und muss darum umfassender gedacht werden. Gemäss dem kantonalen Volksschulgesetz umfasst das primäre kommunale Volksschulangebot den zweijährige Kindergarten, die Volksschule, die Förderangebote, die schulischen Dienste sowie schul- und familienergänzende Tagesstrukturen. Bereits in Punkt 1.4 im vorliegenden B+A wird die Hälfte dieser Aufzählung aber als «Sekundärnutzung» bezeichnet. Das ist nicht nur falsch, sondern macht auch deutlich, dass die verschiedenen Teile vom Volksschulangebot immer noch nicht zusammen gedacht werden.

Ungenau ist auch der Zeitplan. Im vorliegenden B+A ist von Etappen die Rede, von «kurzfristig realisierbar» oder sogar von «in ferner Zukunft». Was das aber genau heisst und welchem Fahrplan das Projekt folgt, bleibt unklar. Auch das ist schon bei einem anderen Eintreten bemängelt worden. Ein Zeitplan wurde in der Vergangenheit auch schon mehrfach vom Einwohnerrat gefordert.

Ungenau und vage sind auch die Beschreibungen zu den baulichen Massnahmen. Viele Konjunktive, Vermutungen und Annahmen statt klare Massnahmenplanung. So heisst es z. B.

- Es sei «noch kein relevanter Wärmeverlust nachgewiesen». Was heisst das jetzt? Wann ist denn der Wärmeverlust zu erwarten?
- Eine Raumlüftung wäre vorzusehen.
- Brandschutztechnische Anpassungen wären umzusetzen.
- Hindernisfreie Erreichbarkeit wäre umzusetzen.

2. Nebst klareren Massnahmen, Aussagen und Zeitangaben wünschen wir uns einen deutlich höheren Anspruch an die Qualität unserer neuen Schulanlage Allmend. In unserer Schulanlage verbringen die Horwer Kinder einen Grossteil ihrer Kindheit und Kinder sollen auch stolz sein dürfen auf ihr Schulhaus. Die Schulanlage ist nicht zuletzt auch eine Visitenkarte unserer Gemeinde.

Meine Damen und Herren, die Objektauswertung bescheinigt, dass der Altbau mit Asbest, PCB und Naphthalin verseucht ist. Keines der Gebäude ist barrierefrei, was beinträchtigt, dass Schülerinnen und Schüler das Schulangebot überhaupt wahrnehmen können. Die Sanitäranlagen erinnern an eine Haftanstalt und die jüngsten Kinder haben teilweise Angst, allein aufs WC zu gehen. In der Turnhalle hat man ein stark schadhaftes Dach bescheinigt, d. h. bei geringen Erderschütterungen stürzt die Turnhalle ein. Trotzdem werden im B+A «vollständige Sanierungen ausgeschlossen» und es «sollen im Bestandesbau ausschliesslich der Gebäudeunterhalt und sicherheitstechnische Massnahmen vorgenommen werden.»

Überraschend ist zudem, dass ausgerechnet für die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen, die in den letzten Jahren den grössten Zuwachs gehabt haben, nicht genügend Fläche ausgewiesen wird, was auch die GSK in ihrem Eintreten bemängelt hat. Die bezeichnete Fläche für den Mittagstisch im Parterre des Bestandesbaus ist zu klein und beinhaltet sogar entgegen dem Kapitel 4.1 im B+A das Treppenhaus und sanitäre Anlagen. Trotzdem behauptet der B+A von sich selbst, dass er «speziell auf die Bedürfnisse zugeschnitten» sei.

Ich komme zum Schluss: Es zeigt sich immer mehr die fehlende übergeordnete Strategie und fehlende Vision. Gemäss der Gemeindestrategie wollen wir ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot anbieten. Doch dazu gehört mehr als ein Neubau, es braucht ein Gesamtkonzept.

Die Fraktion der L20 ist für Eintreten und dann für die Rückweisung, um den B+A zu überarbeiten.

### **Eintreten Die Mitte/GLP**

Unsere Fraktion hat den B+A Nr. 1733 Planungsbericht «Weiternutzung Bestandesbau Schulhaus Allmend» anders beurteilt als mein Vorredner und seine Fraktion. Wir danken dem Gemeinderat für den Planungsbericht und attestieren ihm, dass er mit dem vorliegenden Bericht die Forderungen des Einwohnerrats vom 30. März 2023 genügend erfüllt. Der Gemeinderat hatte aufzuzeigen, wie er den Bestandesbau Schulhaus Allmend in Zukunft belegen will. Wir anerkennen, dass zum aktuellen Zeitpunkt lediglich die Stossrichtung der Belegung und Nutzung der Räume dargestellt werden kann und nicht abschliessend zu betrachten ist. So ist beispielsweise gemäss den Erkenntnissen aus den Kommissionen noch offen, ob ein zentraler Mittagstisch inklusive Zentralküche künftig in der Mehrzweckhalle untergebracht werden soll. Deshalb ist auch der Aspekt nicht so wichtig, dass der benötigte Raum für den Mittagstisch im Bestandesbau momentan nicht dem geforderten Bedarf entspricht. Entsprechend ist auch eine Kostenschätzung aus unserer Sicht verfrüht und entspricht auch nicht dem Auftrag an den Gemeinderat. Der Einwohnerrat forderte lediglich, dass der Platzbedarf systematisch aufgezeigt werden soll und somit mehr Transparenz geschaffen wird. Wir werden deshalb den Antrag der BVK unter Punkt 5.1 nicht unterstützen, der eine Strategie für die Instandsetzung und -haltung fordert.

Die Mitte/GLP-Fraktion befürwortet das Ansinnen des Gemeinderats, dass das Dorfzentrum von Horw durch noch zu planende Umgebungsgestaltungen qualitativ aufgewertet werden soll. Diese Gestaltung muss man aber mit Weitblick angehen, denn durch Abrisse von Gebäuden wie beispielsweise Palazzine, werden noch weitere

Daniela Luthiger-  
Stocker (Die Mitte)

Möglichkeiten für die Gestaltung geschaffen. Deshalb lohnt es sich, mit der Gestaltung von grösseren Plätzen noch zuzuwarten.

Insgesamt ist die Mitte/GLP-Fraktion für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As.

### **Eintreten FDP**

Im Zusammenhang mit dem B+A Nr. 1721 hat der Einwohnerrat am 30. März 2023 den Gemeinderat beauftragt, einen Planungsbericht zur weiteren Nutzung des bestehenden Allmenschulhauses unter Berücksichtigung der zukünftigen Raumbedürfnissen zu erstellen. Jetzt liegt uns der geforderte Planungsbericht vor, in dem die mittel- bis langfristigen Raumbedürfnisse und die Nutzung der Räume nach Auszug der Primarstufe aufgezeigt werden. Die Aufgabe wurde aus Sicht der FDP mit dem vorliegenden Planungsbericht erfüllt.

Francesca Schoch  
(FDP)

Was aber im Planungsbericht fehlt, ist eine klare Instandsetzungs- und eine Instandhaltungsstrategie der bestehenden Gebäuden und der Infrastruktur. So eine Strategie ist wichtig, um den Betrieb und die Funktionalität sicherzustellen. Es werden zwar unter Punkt 5 detaillierte bauliche Massnahmen aufgelistet, aber aus dem Bericht ist nicht ersichtlich, welches die tatsächlich beabsichtigten Massnahmen sind und nach welcher Strategie und mit welchem zeitlichen Sanierungsziel diese gewählt werden.

Für die FDP ist wichtig, dass die erste Etappe umgesetzt wird und die zweite Etappe in Planung geht. Wir sind auch der Meinung, dass man am Bestandesbau nur die notwendigen Instandhaltungsarbeiten ausführt und nicht grosse Umbauarbeiten plant. Aber schon das wäre eine Strategie gewesen, die eben in dem Bericht fehlt. Darum wird die FDP-Fraktion dem Antrag der BVK folgen und empfiehlt, den B+A Nr. 1733 zur Kenntnis zu nehmen.

### **Eintreten SVP**

Der Bericht und Antrag zeigt uns auf, was für mögliche Anforderungen an den Raumbedarf für die kommenden schulergänzenden Massnahmen bestehen. Nach heutigem Stand sind klar genug Räume und Möglichkeiten vorhanden. Vielleicht sind noch bautechnische Ergänzungen nötig, aber ansonsten können wir den Bestandesbau weiterhin so nutzen.

Reto Eberhard (SVP)

Uns ist wichtig, dass wir die bestehenden Bauten langfristig nutzen und auch nachhaltig damit umgehen können. So können wir dann auch die Bedürfnisse zeitgerecht aufnehmen und in einer weiteren Planung wieder umsetzen.

Die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+As Nr. 1733.

### **Sprecher aus dem Rat**

Leider vermisse ich etwas Spezielles, wie z. B. die Horwerhalle teilweise oder vollständig doppelstöckig für zusätzliche Turnhallen zu bauen. Diese Visionen fehlen mir in diesem B+A ganz klar.

Urs Rölli (FDP)

Mir fehlen auch Gedanken zur zukünftigen Strategie der Altbauten aus den 50er-Jahren. Aus meiner Sicht müsste weniger Land verbaut und vermehrt in die Höhe gebaut werden, sodass z. B. der Bereich der Palazzine zukünftig nicht mehr überbaut wird. Zudem führt ein viel benutzter Radweg zwischen dem Primarschulhaus III, das aktuell in Planung ist, und der neu geplanten Zweifachturnhalle II von der Unterführung Wegmatt/Allmendstrasse zur Schulhausstrasse. Man findet nichts im Bericht, was dort damit geplant ist, aber dass zukünftig ein Veloweg dort durchführt, erachte ich nicht unbedingt als ideal.

Mich überzeugt dieser B+A nicht und ich schliesse mich einer Rückweisung an.

Ich nehme erstaunt Kenntnis vom Rückweisungsantrag und weiss nicht, ob man den Planungsbericht genau angeschaut hat. Wie ist der entstanden?

Leo Camenzind (Die Mitte)

Wir mussten mit Erschrecken feststellen, dass das Schulhaus Allmend neu geplant bzw. neu gebaut werden muss und wir mussten zähneknirschend einen Nachtragskredit sprechen. Wir haben aber gesagt, dass wir sehen wollen, wie das Ganze von den Räumlichkeiten her geplant ist. Der Planungsbericht liegt jetzt vor und geht ja in die Richtung, dass man dann gesagt hat, ist denn wirklich jetzt alles genau angeschaut worden, weil «Surprise Surprise» kam plötzlich heraus, dass wir mehr Räume zur Verfügung haben müssen, d. h. das Schulhaus Allmend, von dem man schon gesagt hat, in welcher Form es kommt, ist noch aufgestockt worden. Da haben wir gesagt Nein, wir müssen jetzt mal sehen, wie das Ganze geplant worden ist und das ist der Planungsbericht, der jetzt hier vorliegt.

Die Strategie der Weiterführung sollte ja eigentlich im Schulhaus Allmend nachher auch sein, dass man gesagt hat: Okay, wir schauen die Strategie an, wie geht es weiter mit den weiteren Nutzungen, die man in das Ganze integrieren will.

Bei dem, was Sie jetzt ausgeführt haben, Herr Peter, sieht es aus, als sei das Schulhaus am Auseinanderfallen. Die Schüler weigern sich, in die Schule hineinzukommen, weil sie Angst haben, und ich weiss nicht, was für Horrorszenarien Sie jetzt alles aufgestellt haben. Das Schulhaus Allmend läuft jetzt, d. h. es wird auch unterhalten. Das heisst nicht, dass die Gemeinde hingehet und sagt: Okay, wir wollen neu bauen, wir lassen das Ganze wie es ist und wenn es auseinanderfällt, haben wir Pech gehabt. Das ist es eben nicht. Das ist genau in den Kommissionen gesagt worden, dass man dann ein bestehendes Gebäude hat, das alt ist, das ist so, das man aber anschaut, wenn man nachher das Schulhaus Allmend planen kann. Nachher geht man daran und sagt, welche Massnahmen kommen. Wenn das Schulhaus Allmend fertig gebaut ist, dann muss man das Ganze noch einmal anschauen und sagen, was sind die Zeichen der Zeit, was sind neue Anforderungen für die ergänzenden Schulsachen und dann plant man noch einmal neu, damit man wirklich State of the Art ist und nicht dann irgendwie 10 Jahre später. Gut, 10 Jahre sollte es nicht gehen, dass man dann wirklich auch schaut und sagt: Okay, wir haben es damals so geplant, jetzt müssen wir es so umsetzen. Darum bin ich jetzt ein bisschen erstaunt, dass die Rückweisung beantragt wird.

Die Mitte/GLP wird sich dem nicht anschliessen und die Rückweisung nicht unterstützen. Ich bin auch weiter erstaunt, dass die Kommissionen den Antrag nicht gesetzt haben. Die Kommissionen sind auch da, um Details abzuklären. Die Kommissionen sind dafür da, um Meinungen zu bilden und keine einzige Kommission hat eine Rückweisung gefordert. Ich frage mich auch, wie sich die L20-Mitglieder dazu stellen, wie sie dort abgestimmt haben.

Herr Röllli und geschätzte L20, ich habe absolut kein Verständnis für die Erwartungshaltung, die jetzt an den B+A gestellt wird.

Jürg Biese (FDP)

Im B+A steht unter Punkt 1.4 eine klare Zielsetzung. Es geht darum, dass der B+A aufzeigt, ob die langfristigen Raumbedürfnisse für Kindergärten – ob das jetzt Sekundärnutzungen sind oder nicht, das ist für mich nicht wichtig – es geht darum, dass aufgezeigt werden muss, dass Kindergärten, schulergänzende Leistungen, Musikschulen usw. Platz haben in dem Bestandsbau und dass die wirtschaftlichen Betriebsabläufe funktionieren. Logischerweise, damit man die Nutzungen in dem Bestandsbau vornehmen kann, braucht es eine Infrastruktur, einen Bau, der baulich noch genügend intakt ist.

Wie es Herr Camenzind schon gesagt hat, frage ich mich, ob man den B+A mit den Anhängen bis ins Detail studiert hat. In den Anhängen, wo es um Trakt 1 bis 4 geht, ist in der Tabelle aus dem Programm «Stratus» heraus klar aufgezeigt, wann die Flachdächer, Fenster, Sanitärinstallationen usw. saniert werden sollen oder müssen und man sieht auch wieder, wann das Flachdach wieder saniert wird. Also man sieht, dass es 2023 gemacht wird und im Jahr 2039. Jeder kann ausrechnen, dass das Sanierungsziel für das Flachdach 16 Jahre beträgt. Es ist nicht unter dem Titel «Strategie» dargelegt, aber es ist in den Anhängen ganz klar aufgezeigt, was gemacht werden muss und es steht unter Punkt 5, dass die notwendigen Massnahmen aus den Anhängen 1 bis 4 umgesetzt werden. Von daher sind wir weit weg von einer Rückweisung. Man kann mit einem Antrag auf die Bemerkung sagen, dass man das gerne noch mehr strategisch dargestellt gehabt hätte, aber sicher nicht zurückweisen. Also die FDP ist mehrheitlich nicht für die Zurückweisung dieses B+As.

Wie ich erwähnt habe, geht es mir auch um das Strategische. Unter Punkt 2.1 will ich wissen, was mit diesen Altbauten ist. Nur rein eine Sanierung reicht mir nicht bzw. es werden ja auch zwei bzw. drei Neubauten erstellt und da habe ich die Erwartung an den Gemeinderat, dass man langfristig plant und wie gesagt, ich bin ganz klar der Meinung, wir müssen weniger Land überbauen und mehr in die Höhe. Das fehlt mir, so eine Vision und eine Strategie und darum ist für mich der B+A ungenügend.

Urs Rölli (FDP)

Ja es ist so, dass in den Anhängen der Sanierungsbedarf aufgezeigt wird, aber wir haben keine Aussagen vom Gemeinderat, was er sich vorstellt, wie weit man gehen soll. Ganz konkret verschieben wir irgendwann am Ende des Jahrzehntes die Nutzungen dorthin. Wir haben dann schon ein bisschen investiert und dann müssen wir uns irgendwie die nächsten 10 Jahre durchschlagen. Ganz gezielt ist die Aussage gekommen, dass man nicht so hoch sanieren will. Das ist ein strategischer Entscheid, der Konsequenzen hat und das müsste man eigentlich auch aufzeigen. Wir müssen irgendwann um das Jahr 2030 trotzdem anfangen zu planen, wie wir die ganze Geschichte machen wollen. Wir müssen nachher wieder umgehen mit den Nutzungen. Wohin gehen wir, wenn wir eine Instandsetzung oder einen Neubau im Zeitfenster von 10 Jahren 15 Jahren machen müssen, was machen wir dann mit den Nutzungen, die wir jetzt dort hineintun? Das sind Fragen, die man anschauen muss und in diesem Planungsbericht, er heisst Planungsbericht, könnte man erwarten, dass man dazu etwas sagt.

Urs Steiger (L20)

Der Planungsbericht zeigt, dass die Flächen genügend sind, aber nicht, wie man tatsächlich mit mittelfristigen Investitionen und auch mit einem sorgfältigen Umgang von Steuergeldern umgehen will. Bei einem Altbau, der mittelfristig nicht sanierungsfähig ist mit diesen Massnahmen, muss man doch überlegen, wann gehen wir wie damit um und wie viel investieren wir zu welchem Zeitpunkt noch. Diese Aussagen haben wir hier einfach nicht. Es ist kein strategischer Entscheid da und ich komme auch jetzt mit etwas, wo ich in der BVK gesagt habe. Zu der Testplanung hätte man einfach die Fragen einmal beantworten müssen, wie man die Investition langfristig sieht. Weil wir die Diskussion hier im Rat nie geführt haben, werden wir immer wieder darauf zurückkommen und da hätte man jetzt die Gelegenheit gehabt.

## 5. Fragestunde

anschliessend Weiterberatung Bericht und Antrag Nr. 1733

Wir von der SVP-Fraktion sehen ebenfalls nicht, dass man den B+A zurückweist, sondern dass man vorwärtsgeht und das anschaut. Man sieht ja genau, wo die Fläche ist und wie man sie braucht. Von daher ist das klar und wir weisen den Antrag zurück.

Reto Eberhard (SVP)

Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, was wir am 30. März 2023 beschlossen haben. Wie wir heute gehört haben, werden Strategien und Bewirtschaftungsthemen erwartet. Wir haben Folgendes bestellt, ich zitiere aus dem Protokoll: «Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat unter Berücksichtigung der zukünftigen Raumbedürfnisse einen Planungsbericht zur Belegung des Bestandesbaus Schulhaus Allmend (Nutzung und Anpassungsbedarf) vorzulegen.» Wir haben also bestellt, dass die Überlegung dargelegt werden muss und das liegt meines Erachtens vor. Darum ist die Zurückweisung dieses Planungsberichts nicht zielführend.

Stefan Maissen (FDP)

Der Ausgangspunkt war die Frage, ob die Räumlichkeiten des Bestandesbaus reichen, um den Flächenbedarf von Kindergarten, Tagesstrukturen mit Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung, Hausaufgabentreff, Kinderhort, schulpädagogischem Dienst, Familie plus und der Spielgruppe sowie noch zusätzliche Räume der Musikschule beherbergen zu können. Der Hintergrund war, dass man gesagt hat, wir müssen doch sicherstellen, dass man den Neubau vom Schulhaus Allmend nicht noch fünf-, sechs- oder siebenstöckig planen müssen, sondern dass wir sagen können, so wie es jetzt geplant ist, reicht es.

Astrid David Müller  
(SVP)

Der Bericht und Antrag verfolgt das Ziel, Ihnen zu zeigen, wie die Flächen im Bestandesbau genützt werden können und dass es ausreichend ist, dass wir sogar noch frei werdende Reserveflächen haben. Damit haben wir Ihnen dargelegt, dass Sie nicht befürchten müssen, dass der Neubau der Primarschule Allmend zu niedrig ist oder zu wenig Flächen aufweist.

Der Bestandesbau ist ein alter Bau, das ist richtig. Aber der Bestandesbau wird von den Schülerinnen und Schülern gerne besucht. Da wurde ein wenig ein Horrorszenario aufgebaut, wenn man sagt, die Schule bricht jetzt bald zusammen und die Lernenden hätten Angst, in den Bau zu gehen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich war jahrelang Schulpflegerin im Schulhaus Allmend und das ist ein sehr lebendiges Schulhaus und die Kinder gehen sehr gerne dort hin. Ich habe nie irgendwelche Stimmen gehört, dass sich die Lernenden nicht wohlfühlen, im Gegenteil, die Gänge sind sehr fantasievoll gestaltet. Man hat wirklich gemerkt, dass da ein Geist in dem Schulhaus ist und die Kinder gerne dort hingehen.

Die Frage nach der Belegung des Bestandesbaus ist, zusammen mit dem Neubau des Schulhauses Allmend, Bestandteil der Testspannung 2018. Wir haben wiederholt gehört, und Herr Steiger hat es auch erwähnt, dass sich das Parlament dazu nicht explizit geäußert hat. Wenn man sich überlegt, dass die Testplanung aus dem Jahr 2018 stammt, wäre es wahrscheinlich 2019 gewesen, dass sich der Einwohnerrat dazu geäußert hätte. Was die Planung auszeichnet, ist, dass sie sehr flexibel ist, dass sie sehr viele Möglichkeiten zulässt und einen sehr sorgfältigen Umgang mit dem Bestand hat. Das ist auch der Grund, warum der damalige Gemeinderat die Testplanung aus allen anderen Planungen ausgewählt hat und der Meinung war, dass man auf diesem Weg weitergehen soll.

Die Flexibilität, die sich daraus ergibt, dass man auch keine Provisorien braucht, sondern dass man sagen kann, in dem Moment, in dem das neue Primarschulhaus Allmend von den Schülerinnen und Schülern belegt wird, können die frei werdenden Flächen von den vorgenannten Nutzungen, und das sind Kindergarten, Tagesstrukturen, schulpädagogischer Dienst, Familie plus usw. belegt werden und man genügend Platz hat – und das ist einmal das Ziel gewesen – dann gehen die Planungen weiter, das hat man ja auch bei der Testplanung gesehen. Die Frage, was man dann in dem

Schulhaus macht, das muss man sicher zeitnah anschauen. Wir werden nicht etwas präjudizieren und sehr viel Geld hineinstecken in die Schule, das macht wirklich keinen Sinn. Wir werden aber die Schule so betreiben, dass es für die Kinder gut ist, wie es auch bis jetzt für die Kinder gut gewesen ist. Man muss sich auch vorstellen, wenn man das neue Schulhaus jetzt nicht bauen würde, wäre das bisherige Schulhaus noch über Jahre in Betrieb. Wir erneuern auch die anderen Schulen immer wieder, das machen die Immobilien regelmässig. Es ist nicht so, dass wir jetzt einfach sagen, wir machen überhaupt nichts mehr. Wir machen die notwendigen Unterhaltsarbeiten, damit wir die Schule weiterbetreiben können.

Herr Peter, halten Sie an Ihrem Rückweisungsantrag fest?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Ich habe mich jetzt nicht mit meiner Fraktion abgesprochen, ob wir am Rückweisungsantrag festhalten und entscheide darum autonom, dass wir ihn zurückziehen.

Philipp Peter (L20)

## **Detailberatung**

### **2.6 Testplanung 2018**

Philipp Peter (L20)

Ich möchte hier einen Antrag stellen, der nicht konkret unter Punkt 2.6, aber unter Kapitel 2 gehört. Da unsere Bemerkungen aber postulierenden Charakter haben, möchte ich direkt folgenden Antrag stellen, dass uns das, was heute Abend vielfach vermisst wurde, in einem ergänzenden oder zusätzlichen Papier vorgelegt wird: «Es ist ein weiteres Kapitel, z. B. 2.7 zu erstellen, welches eine klare Zeitplanung und Etappenplanung veranschaulicht und begründet.»

Ich habe es im Voraus als Kapitel 2.7 betitelt, das muss nicht so sein, aber dass uns ein Papier vorgelegt wird, das die Vision, die jetzt hier nur von den Architekten vorliegt, gemeindeeigen formuliert wird. Das heisst, wir brauchen eine Übersicht über die Etappen, vielleicht sogar mit einer Jahreszahl. Ich verlange nicht einmal ein Kostenschild zu einer Jahreszahl. Was hat die Gemeinde für eine Vision, wie die weiteren Etappen vor sich gehen könnten und in welchem Zeithorizont man sich das vorstellt.

Ich glaube, das ist etwas, das uns immer wieder einholt, dass das einfach fehlt und wir haben hier einfach von ein paar Architekten etwas aufgezeichnet, aber selber überlegt und aufgeschrieben hat sich das die Gemeinde Horw nie und das fehlt bis heute. Ich glaube, daran scheitern dann auch immer wieder die B+A-Zufriedenheiten, dass kein Masterplan, keine übergeordnete Vision mit Etappenziel besteht, in der Form, wie es im Rat auch zur Kenntnis genommen wurde.

Es ist, wie vorher gesagt wurde, ein Planungsbericht, den wir jetzt hier vorliegen haben und da geht es darum, zu schauen, ob wir genug Platz im Ganzen haben.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

Es ist ja jetzt auch dargelegt worden, dass man ganz klar gesagt hat, sobald das Schulhaus Allmend da ist, die Planung kommt und läuft, dass man nachher als nächstes hinget und sagt, was wir im Bestandesbau brauchen und was konkret kommt. Dann kann man die Bedürfnisse anschauen, die dannzumal herrschen, damit man eine bessere Schule bzw. ergänzende Schule darlegen kann. Dann sind die Bedürfnisse klar auf dem Tisch und dann kann man, da bin ich ja bei Ihnen, nachher sagen, wie es umgebaut wird, wann es umgebaut wird, was umgebaut werden muss und dann soll die Etappierung relativ schnell kommen. Da bin ich absolut bei Ihnen, aber jetzt, noch einmal, das ist ein Planungsbericht, bei dem es darum geht, ob die Ausnützung reicht, ob wir genug Platz haben und da jetzt so etwas Strategisches aufzunehmen, sehe ich nicht als zielführend.

Ich möchte das nicht im Rahmen dieses Planungsberichts machen, das ergibt für mich wenig Sinn, weil die Idee eine andere war. Ich müsste auch sagen, dass Sie jederzeit einen Vorstoss einreichen können, aber das möchte ich eigentlich nicht. Aber einfach, dass man sich bewusst ist, dass das nicht gerade übermorgen kommt; wir ergänzen unsere Planungsberichte ja auch nicht.

Astrid David Müller  
(SVP)

Mir fehlt, genau wie das hier jetzt argumentiert worden ist, die langfristige Sache. Wir haben sehr hart debattiert im letzten Jahr, ob wir diesen B+A überhaupt durchgehen lassen. Wir haben das mit sehr harten Auflagen gemacht. Natürlich gebe ich auch Herrn Camenzind Recht, die Aspekte, ob es Platz hat, sind gelöst, aber es braucht für diese ganzen Etappen einfach einen klaren, für uns verständlichen, nachvollziehbaren Plan und der ist leider auch in diesem B+A, mit dem man die Chance gehabt hätte, nicht ersichtlich.

Sofia Galbraith (L20)

Ich möchte noch Stellung nehmen zum Votum von Herrn Camenzind und von Frau David Müller. Es geht mir nicht darum, dass man das in diesen B+A nachträglich integriert. Ich sehe das auch, dass das nicht da reingehört oder dass es eine Chance gewesen wäre, das da zusätzlich ungefragt reinzunehmen. Aber es ist jetzt nicht drin und darum kommen wir trotzdem nicht darum herum, dass wir es brauchen. Herr Camenzind, ich bin nicht ganz einverstanden, wenn Sie sagen, wir schauen jetzt einmal, wie es dann aussieht und dann, wie es weitergeht. Beim Seefeld haben wir auch ein wunderbares Dokument mit Etappen bis ins Jahr weiss der «Gugger», wo wir jetzt auch noch nicht wissen, wie es dann aussieht.

Philipp Peter (L20)

Aber es gibt einfach einmal ein Gesamtbild, wie die einzelnen Etappen aussehen könnten und was man nacheinander machen könnte. Wo man anfangen kann, das wissen wir jetzt, das ist mit dem Ergänzungsbau. Wie es nachher weitergeht, wüsste ich trotzdem gerne zum heutigen Zeitpunkt, weil das auch Weichen stellt dafür, wie man weiterplant, wie man weiterdenkt. Wenn man immer nur vorneweg in die rollende Planung hineingeht, dann passiert das, was jetzt auch passiert ist, dass man hinterherhinkt und man dann am Schluss in Not ist und, gehauen oder gestochen, möglichst schnell einen Neubau braucht.

Danke, Herr Peter, für Ihre Vorlage. Genau das Seefeld zeigt auch wieder auf, dass wir wunderbar das Ganze geplant haben und wenn Sie bei der Debatte dabei waren, da wurde mehr oder weniger alles hinausgeschoben bzw. wir haben gesagt, dass wir ab Etappe 2 noch einmal neu planen, wenn es soweit ist.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

Das heisst, man geht dann noch einmal hin und sagt, was sind die aktuellen Bedürfnisse und dann sind wir auch schlauer, was die Bevölkerung eigentlich will. Das ist nicht nur der FC, der da immer ein bisschen gebasht wird, sondern es geht auch darum, dass die Bevölkerung dann ein Naherholungsgebiet hat und davon profitieren soll. Die Bevölkerung meldet sich jetzt – das werden Sie in der Fraktion auch merken – und zwar nicht nur die, die Häuser haben und Angst, dass etwas kommt.

### **Ordnungsantrag**

Wir reden jetzt nicht über das Seefeld, darüber müssen wir jetzt nicht diskutieren.

Urs Steiger (L20)

Nein, es geht nicht um das Seefeld, es geht darum, dass man genau sieht, dass man zum gegebenen Zeitpunkt dann mehr weiss.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

Jetzt wurden die groben Pfähle eingeschlagen. Wir haben gesagt, wir bauen das Schulhaus Allmend neu, wenn die Planung so durchkommt. Dann haben wir gesagt, der Bestandesbau ist nachher offen für andere Probleme, wie Mittagstisch, schuler-gänzende Sachen und dann mussten wir leider mit Erschrecken feststellen, dass die Kosten explodiert sind, weil «Surprise Surprise», wie ich heute noch schon einmal

gesagt habe, ein Mehrbedarf herausgekommen ist und das Ganze verteuert hat. Wir sind von 16 auf 29 Millionen gekommen und wir haben auch dazumal schon gesagt, dass der Bestandesbau dort saniert wird, wo es nötig ist. Und noch einmal: Der Bestandesbau ist jetzt am Laufen, d. h. es ist kein verfallenes Haus, das man sanieren muss, sondern es ist unterhalten und der eine oder andere Teil, der ein bisschen in die Jahre kommt, da muss man entscheiden, ob er zu erhalten oder erneuert werden muss.

Darum, lassen Sie uns doch das so machen und ich bin überzeugt, wir 30 Einwohnerinnen und Einwohnerräte sind die ersten, die nachher schauen werden, dass es dort vorwärtsgeht.

Das ist hoffentlich nicht Ihr Ernst, dass man den Antrag so überweisen will. Ich appelliere an die, die Germanistik studiert haben. Der Satz ist nicht vollständig und grammatikalisch nicht korrekt. Das abgesehen davon, dass ich nicht dafür bin, den Antrag zu überweisen.

Jürg Biese (FDP)

Das wäre jetzt meine nächste Frage an Herrn Peter gewesen, weil der Antrag leicht geändert hat. Bitte überprüfen Sie, wie man den Antrag jetzt neu formulieren sollte.

Larissa Lehner-Graf (L20)

Der Antrag soll folgendermassen lauten: «Dem Einwohnerrat ist eine ergänzende Zeit- und Etappenplanung für die weiteren Etappen der Schulanlage Allmend vorzulegen.»

Philipp Peter (L20)

#### **Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der L20: «Dem Einwohnerrat ist eine ergänzende Zeit- und Etappenplanung für die weiteren Etappen der Schulanlage Allmend vorzulegen.»

Larissa Lehner-Graf (L20)

**Der Antrag wird mit 9:18 Stimmen abgelehnt.**

#### **3.6 Bedarf Vereine und Drittnutzung**

Wir stellen den Antrag, dass der Abschnitt 3.6 wie folgt umformuliert werden soll: «Alle Bauten und Anlagen sollen grundsätzlich für ihre jeweils vorgesehene Nutzung erstellt und priorisiert werden. Um die Räumlichkeiten optimal auszunutzen, sollen Drittnutzungen (z. B. durch Vereine) ermöglicht werden, sofern die primären Nutzergruppen der Volksschule dadurch nicht beeinträchtigt werden.»

Eliane Nater (L20)

Mit diesem Antrag möchten wir einer Unterbelegung von sehr zentralen Räumlichkeiten entgegenwirken und Vereine und andere Organisationen mit ihrem Raumbedarf unterstützen und auch die Schule öffnen für Horw. Darum schlagen wir vor, dass man den Abschnitt 3.6 umformuliert, damit er ein bisschen weniger einschränkend ist.

#### **Ordnungsantrag**

Sie können einen Abschnitt nicht umformulieren. Wenn Sie eine flexible Nutzung wollen, dann stellen Sie einen Antrag auf Bemerkung, dass Sie eine flexible Nutzung erwarten, aber Sie können keinen Artikel umschreiben. Das ist nicht die Aufgabe des Einwohnerrates, das können Sie nicht machen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Gibt es dazu eine Stellungnahme der L20?

Larissa Lehner-Graf (L20)

Ich habe es «Antrag auf Bemerkungen» genannt, aber es war mir nicht bewusst, dass das nicht geht. In dem Sinn wäre mein Antrag auf Bemerkung zu Punkt 3.6 so, wie Sie ihn schon vorformuliert haben, dass eine flexible Nutzung möglich sein soll.

Eliane Nater (L20)

Ich glaube, das ist ein Missverständnis, eigentlich widersprechen wir uns gar nicht gegenseitig. Wir möchten nur keine unflexiblen Nutzungen oder Nutzungen, die andere ausschliessen. Die Idee oder auch das Commitment des Gemeinderats ist klar, dass wir für Mehrfachnutzungen der Räume sind. Wichtig ist aber, dass die Volksschule vorgeht, die darf nicht beeinträchtigt werden.

Astrid David Müller  
(SVP)

Das glaube ich übrigens auch, und da ich ja Germanistin bin, glaube ich, dass es wirklich ein Formulierungsding ist, dass es, so wie es jetzt formuliert ist, ein bisschen missverständlich sein könnte. Die Formulierung «soll vermieden werden» ist ein bisschen rigider. Sie sagen, eine langfristige, unflexible Nutzung sollte vermieden werden und dann aber auch grundsätzlich für die jeweils vorgesehene Nutzung erstellt werden. Zugunsten der Öffnung der Schule, ich habe die Begründung schon gegeben, würde ich dort eine Umformulierung begrüßen.

Eliane Nater (L20)

**Abstimmung,:**

Antrag auf Bemerkung der L20: «Alle Bauten und Anlagen sollen grundsätzlich für ihre jeweils vorgesehene Nutzung erstellt und priorisiert werden. Um die Räumlichkeiten optimal auszunutzen, sollen Drittnutzungen (z. B. durch Vereine) ermöglicht werden, sofern die primären Nutzergruppen der Volksschule dadurch nicht beeinträchtigt werden.»

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**Der Antrag wird mit 9:17 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.**

**5.1 Instandsetzung und Instandhaltung**

Die BVK stellt folgenden Antrag auf Bemerkung: «Es fehlt eine Instandsetzungs- und Instandhaltungsstrategie, die aussagt, für welchen Zeithorizont die Massnahmen geplant werden sollen.»

Urs Steiger (L20)

Ich glaube, dazu muss ich jetzt nicht mehr ausführen, das haben wir schon eingehend diskutiert. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Richtig Herr Steiger, wir haben das heute ausführlich diskutiert. Eine Instandhaltungsstrategie gibt es, und noch einmal, das ist ein Bau, der läuft, d. h. die Gemeinde hat eine Instandhaltungsstrategie, auf was man schauen muss, wie das gemacht werden muss und mit welcher Priorisierung das kommt. Das gibt es. Darum ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht angezeigt, so etwas zu fordern. Sobald wir wissen, wie genau das Ganze weitergenutzt wird, was wir heute schon genug diskutiert haben, dann ist so etwas angebracht und dann bin ich absolut bei Ihnen. Ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen, den Antrag nicht zu unterstützen.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung BVK: «Es fehlt eine Instandsetzungs- und Instandhaltungsstrategie, die aussagt, für welchen Zeithorizont die Massnahmen geplant werden sollen.»

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

**Der Antrag wird mit 9:14 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

**Anhang 1: PB Bestandesbau Allmend Flächennachweis m2**

Keine Anmerkungen

**Anhang 2: PB Bestandesbau Allmend Objektauswertung Trakt 1+2**

Keine Anmerkungen

**Anhang 3: PB Bestandesbau Allmend Objektauswertung Trakt 3+4**

Keine Anmerkungen

**Abstimmung Beschluss:**

**Der Planungsbericht «Weiternutzung Bestandesbau Schulhaus Allmend» wird mit 19:7 Stimmen bei 1 Enthaltung zur Kenntnis genommen.**

### **Ordnungsantrag**

Philipp Peter (L20)

Mir ist bewusst, dass bei so einem Geschäft, wenn es um ein Schulhaus geht und wenn es um grosse Beträge geht, immer auch emotional im Rat diskutiert wird und das gehört auch dazu und das soll auch so sein. Ich finde es aber nicht angebracht, dass die Kompetenz von Familienmitgliedern von Einwohnerräten öffentlich in Frage gestellt wird und diese angegriffen werden.

Herr Peter, möchten Sie einen konkreten Antrag stellen?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Nein, ich möchte nur bemerken, dass das gegen das Reglement über den Umgang der Verhaltensregeln verstösst.

Philipp Peter (L20)

### **6. Dringliche Interpellation Nr. 2023-768 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Bausituation Badeplatz Seewen**

Die dringliche Interpellation wurde vom Gemeinderat am 6. Juli 2023 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Vielen Dank, ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

Philipp Peter (L20)

### **7. Interpellation Nr. 2023-766 von Leo Camenzind, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Standortfrage ZSO Pilatus**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 6. Juli 2023 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Ja, ich bin zufrieden mit der Beantwortung.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

### **8. Interpellation Nr. 2023-767 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Verkehrssicherheit Schulweg Stirnrüti**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 6. Juli 2023 schriftlich beantwortet. Ist die Interpellantin mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Ich verlange Diskussion.

Sofia Galbraith (L20)

Vielen Dank für die Beantwortung. Die Interpellation wurde im Quartier Stirnrüti rege diskutiert und es wurde klar, dass es sich weniger um ein Schulwegproblem handelt. Das Verkehrssicherheitsproblem besteht eindeutig für alle Verkehrsteilnehmenden im Quartier und sollte behoben werden. Aus diesem Grund werden wir in Kürze ein Postulat einreichen, damit der Gemeinderat einen klaren Auftrag erhält.

Sie können natürlich immer ein Postulat einreichen, aber das Postulat ist ja dann kein klarer Auftrag, sondern ein weiterer Prüfungsauftrag. Wir haben es geprüft und wenn Sie das Postulat schreiben, bitte ich Sie dann auch zu bedenken, dass es x solcher Situationen gibt, bei denen man dann auch sagen müsste, dass man dort etwas machen muss. Die Frage ist tatsächlich, was kann man mit vernünftigem Aufwand machen kann und was ist realistisch. Sie kennen die Situation dort, Sie wissen, wo die Bushaltestelle ist, Sie wissen wo der Einmünder ist, Sie wissen, dass man dort nicht einfach die Geschwindigkeit verändern kann, das haben wir alles geklärt. Von daher

Thomas Zemp (Die  
Mitte)

muss man sich fragen, was ein Postulat bringt. Aber wenn Sie eine gute Anregung haben, die umsetzbar ist, nehme ich das gerne entgegen.

## **9. Interpellation Nr. 2023-769 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Parteibeitrag Kantonsratswahlen**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 31. August 2023 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis. Zufrieden ist anders und wir werden die vielfältigen Ratschläge für das Verfassen von einem Vorstoss wahrnehmen. Andererseits muss ich sagen, dass das Bild, das Sie jetzt eingeblendet haben, nicht ganz dem inhaltlichen Teil der Interpellation entspricht. Es geht einfach um etwas anderes.

Urs Steiger (L20)

### **Ordnungsantrag**

Es ist gefragt worden, ob Sie zufrieden sind oder nicht. Sie müssen es nicht ganz begründen.

Leo Camenzind (Die  
Mitte)

## **10. Interpellation Nr. 2023-770 von André Fallet, GLP: Cybersicherheit in der Gemeinde Horw - Gefahren von Sicherheitslücken**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 24. August 2023 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Larissa Lehner-Graf  
(L20)

Ja, ich bin zufrieden, möchte aber gerne eine kurze Diskussion.

André Fallet (GLP)

Es ist keine Diskussion, aber ein Hinweis. Man bekommt dank der Beantwortung der Interpellation den Eindruck, dass dieses wichtige Thema Cybersicherheit in der Gemeinde Horw ernst genommen wird und die möglichen Vorkehrungen für den bestmöglichen Schutz gemacht werden.

Besten Dank für die Bearbeitung und die Beantwortung der Fragestellung und vor allem für das Dranbleiben für einen bestmöglichen Schutz der Hard- und Software.

Ich möchte eine Bemerkung machen und beantragen oder beliebt machen, auf die eingeblendeten Darstellungen zu den Interpellationen zu verzichten. Die Bilder beinhalten Interpretationen, die letztlich nicht zulässig sind in dem Sinn, diese bildlich darzustellen. Ich mache beliebt, das künftig zu unterlassen.

Urs Steiger (L20)

Vielen Dank für den Hinweis, wir nehmen den entgegen. Wir waren der Auffassung, dass wir mit den Präsentationen, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, einen visuellen Beitrag zu Ihrem Tagesgeschäft leisten können. Die aufgeschalteten Anträge waren sauber vorbereitet und Sie haben jederzeit Informationen gehabt. Aber wir werden Ihren Ratschlag entgegennehmen und zukünftig auf bildliche Auflockerungen verzichten.

Ruedi Burkard (FDP)

Larissa Lehner-Graf  
Einwohnerratspräsidentin

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 4. Oktober 2023